Zu den Wahlen.

* Halle, 26. Febr.

Der Verein der Liberalen in Halle und dem Saalkreise hielt gestern im Café David eine außerordentliche General-Versammlung ab. Den einzigen Punkt der Tagesordnung bildete die Besprechung über die Stellungnahme der liberalen Partei zu der bevorstehenden Stichwahl. Die Versammlung wurde kurz nach 8 Uhr durch den Hrn. Stadtverordneten Karl Meyer eröffnet; hierauf ergriff Herr Prof. Kohlschütter das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren! Der Vorstand des Liberalen Wahlvereins hatte an sich schon Veranlassung genug, über die Stellungnahme der liberalen Partei zu der bevorstehenden Stichwahl zu berathen; er hat aber außerdem noch einen äußern Anstoß dazu bekommen durch ein Schreiben vonseiten der Vorstände der vereinigten Kartellparteien, wie ich sie kurz nennen will — ein Schreiben, in welchem sie uns auffordern, einerseits für ihren Kandidaten, Herrn Rechtsanwalt Dr. Keil, gegenüber dem sozialdemokratischen Kandidaten in der Stichwahl einzutreten und andererseits Delegirte zu gemeinsamen Verhandlungen über etwa zu ergreifende Maßregeln — öffentliche Versammlungen, Aufrufe, Flugblätter u. dgl. — zu ernennen. Der Vorstand hat zunächst geglaubt, dieses letztere Ansinnen zurückweisen zu müssen, ohne damit der Stellungnahme des Vereins zu der Frage an sich vorzugreifen. Wir treten daher heute vor Sie mit der Frage: wie soll sich die liberale Partei, wie soll sich insonderheit der Liberale Wahlverein für Halle und den Saalkreis zu der bevorstehenden Stichwahl verhalten? Es entspricht den Prinzipien des Liberalismus, daß hierin jeder seiner eigenen Ueberzeugung folgt, daß wir nicht auf Kommando — auch nicht auf Kommando selbstgewählter Vorstände — zur Wahlurne schreiten. Es mag bei andern Parteien so sein — wir sind es jedenfalls gewöhnt, unsere Vorstände nur als Geschäftsführer zu betrachten, die unserer Ueberzeugung einen Zwang anzuthun weder in der Lage noch gewillt sind. (Bravo!) Aus diesem Grunde also meinten wir die Entscheidung dieser Frage einer General-Versammlung des Vereins überlassen zu müssen. Wir können dieser Entscheidung nicht ausweichen, es sind die Blicke beider Gegenparteien auf uns gerichtet, und mit vollem Rechte sagt das Schreiben der Kartellparteien, daß die Entscheidung, wer unseren Wahlkreis vertreten soll, in unserer Hand liegt. Nur dann, wenn wir alle unsere Stimmen auf den Kandidaten der Kartellparteien vereinigen, würde es gelingen, für ihn die Majorität in der Stichwahl zu erlangen — wenn nicht, wird ohne Zweifel der Sozialdemokrat siegen. Wir sind es unserer Partei und der Stellung derselben nach außen hin und den anderen Parteien gegenüber schuldig, öffentlich und gleichsam offiziell zu erklären, wie wir uns zu der Frage stellen wollen. Ihr Vorstand ist nach langen Erwägungen zu dem Beschluß gekommen, Ihnen vorzuschlagen, der liberale Wahlverein wolle erklären: er betrachte die Stellungnahme zu der Stichwahl nicht als Parteisache, sondern überlasse es jedem einzelnen, sich zu entscheiden, wie er wolle (Bravo!), sei es für den Sozialdemokraten, sei es für den Kartellkandidaten zu stimmen, sei es, der Wahl sich zu enthalten. (Lebhafter Beifall.)

Ich will von vornherein bemerken — es ist eigentlich eine überflüssige Bemerkung, das sagen Sie sich alle selbst — daß Wahlenthaltung implicite auch eine Stellungnahme für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei bedeutet, denn wenn wir uns alle der Wahl enthalten, nun, so hat eben Hr. Dr Keil etwa 9000, der Sozialdemokrat etwa 12,000 Stimmen, und der letztere ist gewählt.

Die Gründe, die Ihren Vorstand bewogen haben, Ihnen dies vorzuschlagen und Sie zu bitten, Ihre Zustimmung zu einer in diesem Sinne zu ertheilenden Antwort auf das erwähnte Schreiben zu geben, sind folgende: Es ist nicht — erlauben Sie, daß ich mit den Gründen anfange, die für unsere Stellungnahme nicht maßgebend gewesen sind — es ist nicht die, wie wir alle anerkennen, vollständig gerechtfertigte Empörung über die Art und Weise, wie der Kampf von gegnerischer Seite gegen uns geführt worden ist. Es ist ein Kleines, aus den Wahlreden und, was noch schwerer wiegt, aus der Presse der gegnerischen Parteien eine Blumenlese beleidigender Ausdrücke — beleidigend vielleicht nicht im Sinne des Gesetzes, aber jedenfalls im politischen Sinne — zusammenzustellen, nach denen wir Vertreter der liberalen Partei so vollständig verworfene Menschen sind, daß eigentlich kein Hund ein Stückchen Brot von uns annehmen dürfte (Heiterkeit). Es ist vollständig begreiflich, daß jeder Einzelne darüber empört ist, daß er mit einer gewissen Freude und Genugthuung die Gelegenheit begrüßt, nun durch die That auf dergleichen Angriffe antworten zu können — und die That würde eben die sein, daß er den Kartellkandidaten nicht unterstützt. Ich betone aber, solchen Erwägungen dürfen wir uns nicht zugänglich zeigen. Wir dürfen unser Verhalten nicht nach solchen Gefühlsregungen einrichten, sondern es handelt sich nur darum, zu fragen: Was ist für die Partei, was ist für die letzten Ziele derselben, was ist für das ganze Vaterland das Beste? Ob vorher geschimpft worden ist oder nicht, das muß uns vollständig kalt lassen — so, meine ich wenigstens, muß man Realpolitik treiben. Und ich gehe noch weiter: ich meine sogar, wir müssen auch das frühere Verhalten beider Parteien uns gegenüber vollkommen außer Acht lassen, soweit es uns nicht als Fingerzeig dienen kann für ihr zukünftiges Verhalten, denn es kommt für uns vor allen Dingen darauf an, zu wissen, wie wird sich der eine, wie wird sich der andere Kandidat in Zukunft verhalten? Auch das entspricht, wie ich meine, einer gesunden und erfolgreichen Realpolitik.

Mehr persönlich will ich als Referent Ihres Vorstandes noch hinzufügen, daß uns auch die Furcht und die Angst vor der Sozialdemokratie vollständig kalt läßt (Bravo!), daß uns der Vorwurf vollständig kalt läßt, wir würden uns damit der Umsturzpartei zugesellen, wir würden Staat und Kirche untergraben und das Vaterland ins Unglück stürzen. Die Phrase von den „staatserhaltenden Parteien" kann uns auch nicht rühren. Wir halten die Bezeichnung „staatserhaltende Parteien" für eine willkürlich angenommene Firma, wir wissen, daß auch wir zu den Parteien gehören, die den Staat erhalten wollen und erhalten werden (Bravo!), auch wenn wir für den einen oder für den andern Kandidaten stimmen. Die Frage, welcher Kandidat jetzt in den Reichstag gewählt werden soll, hat mit der Erhaltung des Staates und der Ordnung gar nichts zu thun. (Bravo! Sehr richtig!) Es kann ja nicht fehlen, daß, wenn heute nicht ein einmütiges Eintreten für den Kartellkandidaten beschlossen werden sollte, daß gelassen wird, die uns mit noch viel liebenswürdigeren Ausdrücken bedenken werden (Heiterkeit), als wir sie in diesem Wahlkampfe gehört haben — aber auch das läßt uns vollständig kalt, wir werden dadurch unser Verhalten in keiner Weise beeinflussen lassen. Unser Verhalten muß vielmehr beeinflußt werden durch Erwägungen nach drei Richtungen hin, und zwar zunächst die Erwägung, wie die allgemeinen, die letzten Ziele der hier in Betracht kommenden Parteien zu unseren Zielen, zu unserm Staatsideale sich verhalten. Da kann es denn gar keinem Zweifel unterliegen, daß das letzte Ziel und das Staatsideal der Sozialdemokratie durch eine tiefe, unüberbrückbare Kluft von dem unsrigen getrennt ist. Viel näher kommt das Ideal der Streng-Konservativen denjenigen der Sozialdemokraten — freilich wollen bei jenem die jetzt herrschenden Klassen die Herrschaft behalten, bei diesem andere die Herrschaft einnehmen (Sehr richtig!) — aber das ist beiden gemeinsam, daß sie die Kräfte des Einzelnen durchaus nur durch den Staat sich bewegen lassen wollen. Wir dagegen stehen auf dem Standpunkte, es ist für das Gemeinwesen, für die Kultur-Entwickelung am besten, wenn jeder so frei wie möglich, so weit es die Rücksicht auf seinen Nachbar erlaubt, seine Kräfte entfaltet, wir stehen auf dem Standpunkte „selbst ist der Mann, jeder ist seines Glückes Schmied" und wir wollen uns nur soweit in der freien Entfaltung unserer Kräfte einschränken lassen, als es nöthig ist zum Gedeihen der Allgemeinheit. Wenn auch nicht vollkommen gleichartig, so doch wenigstens prinzipiell ähnlich ist, wie ich gern anerkennen will, der Standpunkt der nationalliberalen Partei, und wenn es sich darum handelte, Abgeordnete zu wählen, die mit einem Schlage oder doch wenigstens in den nächsten fünf Jahren das letzte Staatsideal verwirklichen könnten, so würde es gar keinem Zweifel unterliegen: mit dem Sozialdemokraten könnten wir nicht gehen, denn der würde uns weit über die Grenzen hinausführen, die wir für nöthig halten — wir müßten uns der Gegenpartei zuwenden.

Nun handelt es sich aber natürlich nicht um dieses letzte Ziel des Staatsideals — das wird in den nächsten 5 Jahren sicherlich nicht erreicht werden. Es handelt sich vor allen Dingen, und das ist der zweite Punkt, den wir zu erwägen haben, darum, wie die beiden Kandidaten zu den zunächst uns vorliegenden Zielen sich stellen werden. Wir haben i. J. schon in einer Versammlung unseres Vereins betont, daß die bekannten 4 Nürnberger Punkte das Mindeste sind, was wir fordern müssen, wenn wir jemand als noch auf dem Boden des Liberalismus stehend anerkennen sollen. Das Nürnberger Programm fordert, daß ein liberaler Mann wirken muß für Aufhebung des Sozialistengesetzes und aller Ausnahmegesetze, für Aufhebung der Lebensmittelzölle, daß er ferner gegen jedes Staatsmonopol ankämpft und daß er das allgemeine, direkte Wahlrecht nicht antasten läßt. Gehen wir uns diese 4 Punkte näher an, so ergiebt sich ohne weiteres, daß der Sozialdemokrat viel mehr Gewähr bietet für Beseitigung des Sozialistengesetzes, als der Kartellkandidat. Für die Lebensmittelzölle gilt dasselbe — sind ja doch die Lebensmittelzölle, ich glaube das offen aussprechen zu dürfen, einer der Hauptgründe, die das starke Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen veranlaßt haben (sehr richtig!). Der Kandidat der Kartellparteien ist zwar persönlich nicht gerade für die Lebensmittelzölle, jedenfalls würde er nicht für eine Erhöhung derselben sein; wir wissen aber nicht, ob er imstande und gewillt sein wird, seinen Bundesgenossen, den agrarischen Nutznießern und Beförderern dieser Zölle gegenüber stand zu halten. Sicherlich würde der Sozialdemokrat mehr Gewähr gegen diese Lebensmittelzölle bieten. Die Frage der Monopole ist augenblicklich in den Hintergrund getreten und es ist auch nicht wahrscheinlich, daß in den nächsten 5 Jahren Bestrebungen auf Einführung eines Staatsmonopols zutage treten werden. Prinzipiell würde der Sozialdemokrat natürlich für ein Staatsmonopol sein müssen, vorausgesetzt, daß die Sozialdemokratie Inhaberin und Nutznießerin desselben sein kann (Heiterkeit), aber andererseits ist der Kartellkandidat nicht blos durch seine konservativen, sondern auch durch seine nationalliberalen Freunde in eine Gesellschaft hineingekommen, die faktische Monopole durch Schutzzölle und dergleichen ganz entschieden befürwortet und eingeführt hat. Was endlich die Frage des direkten allgemeinen Wahlrechts anbelangt, so können wir die beiden Kandidaten, die sich gegenüberstehen, nicht gut mit einander vergleichen. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß der Kartellkandidat an dem jetzt bestehenden Wahlrechte festhalten wird, aber, m. H., wir müssen doch daran denken, daß seine Partei der Verlängerung der Legislaturperiode zugestimmt hat — wie sich bei den letzten Wahlen herausstellte, hat sie sich allerdings damit selbst ins Fleisch geschnitten, aber das ist eine Sache für sich. Wir betrachten jedenfalls die Verlängerung der Legislaturperiode als Beeinträchtigung des Wahlrechts (sehr richtig!) und wir werden eine Partei nicht unterstützen können, die dieser Verlängerung zugestimmt hat. In Bezug auf die nächsten Ziele also — und ich wiederhole, das sind die mindesten Forderungen der liberalen Partei — bietet uns der Sozialdemokrat mehr Gewähr als der Kandidat der Kartellparteien. Andererseits liegt freilich die Gefahr nahe, wenn der Sozialdemokrat — mit unserer direkten oder indirekten Unterstützung — gewählt wird, er sich nicht blos auf diese vier Punkte und auf die Punkte, die in unseren Forderungen über diese vier Punkte hinausliegen, beschränkt, sondern, daß er noch viel weiter geht, daß er die Grenzen überschreitet, die wir der Staats-Omnipotenz und seiner Einmischung in das Leben des Einzelnen gezogen wissen wollen — namentlich in Bezug auf die dem Reichstage zunächst vorliegenden Aufgaben, in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetze. Wir sind alle für die Arbeiterschutzgesetze und wir wünschen sie möglichst ausgedehnt, aber auf der andern Seite haben wir auch stets betont, daß die Selbstbestimmung des Arbeiters wie des Arbeitgebers nicht ohne Noth beeinträchtigt werden darf.

Eine dritte Reihe von Erwägungen bietet nun endlich noch die Frage: Wie wird unsere Stellungnahme auf unsere Partei zurückwirken? Wir sind uns mit Stolz bewußt, daß wir nicht die Partei über das Vaterland stellen und daß wir stets, wenn es heißt: Hier Partei! Hier Vaterland! auf der Seite des letzteren stehen und lieber die Partei zugrunde gehen lassen als das Vaterland schädigen. (Bravo!) Aber andererseits sind wir uns auch bewußt, daß kein anderer Weg zum Wohle des Vaterlandes besser geeignet ist als der, den wir, den unsere Partei einzuschlagen gewillt ist (Bravo!) und wir sind deswegen der Meinung, daß eine Rücksichtnahme auf unsere Partei, daß die Bemühungen, dieselbe zu stärken und ihr zum Siege zu verhelfen, gleichzeitig auch zum Wohle des Vaterlandes dienen. (Bravo! Sehr richtig!) Ich komme daher zu der Frage, wie unsere Stellungnahme im allgemeinen für die Partei im großen Vaterlande und wie sie für uns hier in unserem Wahlkreise wirken wird.

In Bezug auf die erste Frage kann ich mich kurz fassen. Es wird für die Stellung der Partei im ganzen Deutschen Reiche ziemlich gleichgiltig sein, wie wir uns verhalten. Es wird der liberalen Partei in unserem Vaterlande nicht geschadet, mögen wir den einen wählen, mögen wir den anderen wählen, mögen wir uns der Wahl enthalten. Die Entwicklung der Parteien geht ja viel zu sehr Hand in Hand mit der großen politischen Entwicklung des Ganzen, als daß sie sich an die Entscheidung in einem Wahlkreise knüpfen sollte. Wenn etwa durch unsern Beschluß eine auch nur indirekte Unterstützung des Sozialdemokraten herbeigeführt werden sollte, so wird das wieder einen Angriffspunkt gegen die liberale Partei bilden — das versteht sich ganz von selbst. Man wird darauf hinweisen, wie die bösen Liberalen die „Umsturzpartei" unterstützen — wie sie es in diesem, wie sie es in jenem Wahlkreise gethan haben, und nun auch noch in Halle an der Saale. Aber ich habe schon betont, daß uns solche Angriffe kalt lassen, daß sie unser Verhalten nicht beeinflussen können. Auch in Bezug auf die schwebenden Stichwahlen im ganzen Reiche ist unser Verhalten in dieser Beziehung ohne Einfluß. Es ist in dem Schreiben der vereinigten Kartellparteien darauf hingewiesen, daß in anderen Wahlkreisen bereits ein Handel abgeschlossen sei zwischen den Kartellparteien einerseits und der deutschfreisinnigen Partei andererseits, dahingehend, daß sie sich in einzelnen Wahlkreisen gegenseitig unterstützen. Wir sind in dieser Beziehung vollständig frei und unabhängig. Ich erinnere ausdrücklich daran, daß wir nicht unter der Centralleitung der deutschfreisinnigen Partei in Berlin stehen; wir stehen ganz selbständig da, und wir haben daher nicht einmal ein Organ, um derlei Handel abschließen zu können. Und selbst wenn es sich darum handelte, einen solchen Handel zu machen, daß wir für diesen Wahlkreis einen andern eintauschten, so würden wir immer noch besser thun, wenn wir denselben mit den Sozialdemokraten abschlössen, denn wir stehen in weit mehr Wahlkreisen in Stichwahl mit den Kartellparteien, so daß uns die Unterstützung der Sozialdemokraten weit mehr einbringen würde als die Unterstützung der Kartellparteien. Aber auch davon kann gar keine Rede sein; niemand von uns hat jemals zu diesem Zwecke mit den Sozialdemokraten in Unterhandlung treten wollen. Wie wird nun ferner unser Verhalten künftig auf die Gestaltung der Parteiverhältnisse in unserm Wahlkreise einwirken? Ganz abgesehen von der Feindschaft, die uns von der einen oder von der andern Seite zu theil werden wird — die kann ja kaum heftiger werden als sie bisher schon war — scheint es mir doch, daß es für künftighin für unsre Partei wünschenswerther ist, jetzt augenblicklich einmal den Wahlkreis durch einen Sozialdemokraten vertreten zu sehen, als durch einen Kartellkandidaten. (Sehr gut!) Und ich will es offen aussprechen, wir haben viel mehr Aussicht, den Wahlkreis von einem Sozialdemokraten zurückzuerobern, als von einem Kartellkandidaten. (Sehr wahr! Beifall.) Ich brauche nicht näher auf die Gründe einzugehen, die diese Hoffnung als gerechtfertigt erscheinen lassen; Sie haben schon durch Ihren Beifall Ihrer Zustimmung Ausdruck gegeben.

Dies, m. H., sind die drei Punkte, die erwogen werden müssen. Sie sehen, bei dem einen kommt man zu andern Resultaten als bei dem zweiten oder dritten. Es ist nun, wie mir scheint und wie Ihr Vorstand angenommen hat, Sache jedes einzelnen, sich zu überlegen, ob er der einen oder der andern Erwägung mehr Gewicht beilegen will — ob er mehr auf die allgemeine Entwicklung, auf das Staatsideal sehen und damit der Sozialdemokratie einen Damm vorschieben will, oder ob er mehr die zunächst vorliegenden Aufgaben ins Auge faßt und sich sagt, für diese Aufgaben wird der Sozialdemokrat mehr in unserm Sinne handeln, und ob er endlich auch die Rücksicht auf die Partei hier mit in Frage ziehen will oder nicht. Danach werden Sie Ihre Abstimmung einzurichten haben.

Wir schlagen Ihnen demnach vor, zu beschließen, „die liberale Partei überläßt es jedem ihrer Mitglieder, sein Verhalten bei der Stichwahl einzurichten wie er will," und ich glaube, das geht aus dem, was ich Ihnen vorgetragen habe, wohl hervor, sie wird ihn als einen der Ihrigen betrachten können, mag er für Dr. Keil oder mag er für Kunert seine Stimme abgeben. Und damit, glaube ich, kommen wir zugleich am ersten dem Ziele näher, was uns allen vorschwebt, die sämmtlichen Liberalen vom äußersten rechten bis zum äußersten linken Flügel hin wieder zu einer großen liberalen Partei zusammenzufassen. (Lebhafter Beifall).

Hr. Stadtv. Karl Meyer: Da sich niemand zum Wort gemeldet hat, so werde ich nunmehr über den Beschluß des Vorstandes die Abstimmung herbeiführen. Ich bitte die Herren, welche mit dem Beschluß des Vorstandes einverstanden sind, die Hand zu erheben (Geschieht). Das ist die übergroße Majorität; Sie haben sich also dem Votum Ihres Vorstandes angeschlossen. — Damit Sie in jeder Beziehung genau informirt sind, wird es wünschenswerth sein, den Brief zur Verlesung zu bringen, welcher seitens der Kartellparteien an uns gerichtet worden ist. Das betr. Schreiben lautet:

„An den Verein der Liberalen für Halle und den Saalkreis,
z. H. des Herrn Prof. Kohlschütter.

Bei der bevorstehenden Stichwahl für den Reichstag handelt es sich darum, ob der von uns aufgestellte Kandidat Hr. Rechtsanwalt Dr. Keil, welcher der nationalliberalen Partei angehört, oder der Kandidat der Sozialdemokraten, Redakteur Fritz Kunert als Vertreter unseres Wahlkreises gewählt werden soll. Die Entscheidung darüber liegt ausschließlich in Ihren Händen. Wenn Sie Ihren Parteigenossen Wahlenthaltung anempfehlen, oder auch nur in Unthätigkeit verharren und Ihren Anhängern ihre Abstimmung anheimstellen, so ist der Sieg der Sozialdemokratie sicher, die im ersten Wahlgange über 3300 Stimmen mehr erhalten hat. Angesichts der ungeheuern Erfolge der Sozialdemokraten — 20 Siege und 40 Stichwahlen — ist es unbedingt geboten, daß sich alle bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie für die Stichwahl zusammenschließen. Nur wenn das Bürgerthum geschlossen dem erschreckenden Heere der Umsturzpartei entgegentritt, kann unsre bestehende Gesellschaftsordnung erhalten werden. Es ist zu erwarten, daß dieser Gedanke im ganzen Deutschen Reiche verwirklicht wird: aus Breslau wird bereits berichtet, daß die Kartellparteien beschlossen haben, für den deutschfreisinnigen Kandidaten einzutreten. Lassen Sie uns deshalb auch hier für jetzt das zurückstellen, was uns von einander trennt, lassen Sie uns vergessen, wenn von einer oder der andern Seite in der Hitze des Wahlkampfs bittere und herbe Worte gefallen sind, die besser vermieden worden wären, und lassen Sie uns zusammenstehen gegen unsere gemeinsamen Gegner. — Wir bitten hierdurch um baldgefällige Erklärung, ob Sie bereit sind, gemeinsam mit uns alle Anhänger der Ordnungsparteien zum energischen Kampfe gegen die Umsturzpartei aufzufordern. Bejahendenfalls erlauben wir uns den Vorschlag zu machen, daß Sie mehrere Mitglieder Ihres Vorstandes zu gemeinsamen Sitzungen mit unseren Delegirten abordnen behufs gemeinsamer Berathung und Beschlußfassung über die erforderlichen Schritte, so z. B. Erlaß eines Aufrufs und Flugblattes. Ihre Antwort erbitten wir uns zu Händen des mitunterzeichneten Rechtsanwalts Elze.

Die Vorstände der Nationalliberalen, der Konservativen
und der Deutschen Reichspartei:
Rechtsanw. Elze. Freiherr von Heyden-Rynsch. Sack.

Die Antwort des Vorstandes auf dieses Schreiben lautete kurz wie folgt:

„In Erwiderung des gef. Schreibens (ohne Datum) theilen wir Ihnen mit, daß wir die Entscheidung über die beregten Fragen einer auf Dienstag abend anzuberaumenden General-Versammlung des Vereins überlassen haben und wird Ihnen die definitive Beschlußfassung derselben möglichst zeitig zugehen."

Ich ersuche nunmehr Herrn Dr. Thamhayn, den Brief zur Verlesung zu bringen, durch welchen wir den Kartellparteien von dem soeben gefaßten Beschlusse Kenntniß geben wollen.

Dr Thamhayn:

Ew. Hochwohlgeboren

in ergebener Erwiderung auf die datumlose, an Händen des Herrn Prof. Dr Kohlschütter abgegebene gefällige Zuschrift, daß wir nach eingehender sachlicher Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände nicht in der Lage sind, bei aller Hochachtung für die Persönlichkeit des Herrn Dr Keil eine zustimmende Antwort zu geben.

Denn einen solchen Antrag befürworten, hieße nicht nur mit unserer ganzen Vergangenheit brechen, es wäre gleichbedeutend mit einer unheilbaren Spaltung der Partei, die in ihrer großen Mehrheit sich energisch auflehnen würde. Ist doch das Vorgehen seitens des Kartells, vor allem eines der Herren Vorstandsmitglieder, gegen die liberale Gesinnungtheit wie gegen Herrn Dr Meyer, sei es in der Presse — wir bitten um vergleichsweise Einsicht in Nr. 29, 39, 40, 42 der Hallischen Zeitung sowie ungezählte Nummern des Tageblattes — sei es in den Versammlungen, ohne Widerspruch zu finden, in zu treuem Gedächtnisse geblieben, als daß es möglich wäre, hier ein Vergessen zu beantragen.

Dazu kommt, daß wir Herrn Dr. Keil nicht als Vertreter der nationalliberalen Partei ansehen können. Durch den Hinzutritt der konservativen Herren aller Schattirungen mußte er sich zu einem Programm bekennen, dessen Elastizität wohl die Aufnahme auch noch einer vierten harmlosen Partei ermöglichte, dessen Verschwommenheit aber den Eintritt zielbewußter Männer unbedingt ausschloß.

Wir sind uns bewußt, zu dieser Trennung der früheren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900227021/fragment/page=0001

Gesammtpartei keinen Anlaß gegeben, wohl aber stets die Hand zum gemeinsamen Handeln geboten zu haben. Leider ist dies jetzt nicht mehr möglich und dies Gefühl scheint ein allgemeines zu sein. Das für Breslau angezogene Beispiel ist nicht zutreffend; denn dort handelt es sich um das Durchdringen eines konservativen und eines freisinnigen Kandidaten gegenüber dem sozialdemokratischen. Bekannt ist die schroffe Ablehnung in Hamburg und der Beschluß der Konservativen in Königsberg. (Ruf: und Berlin!)

Auch der Hinweis auf das gefährliche Anwachsen der Sozialdemokratie und die Befürchtungen, die an ihre vermehrte Vertretung im Reichstage geknüpft sind, können uns nicht schrecken. Wir haben stets die Ansicht des Herrn Reichskanzlers getheilt, daß die sozialdemokratische Bewegung eine berechtigte ist und sehen in einer stärkeren Vertretung das beste erziehende Mittel, das ungestüme Drängen einzudämmen und die Bewegung in ruhigere Bahnen zu lenken, namentlich seitdem eine Reihe von Grundforderungen unter kaiserlichen Schutz gestellt und berechtigten Klagen volles Gehör geschenkt ist. So wird in der natürlichen Entwicklung, gegen die ja doch nicht angekämpft werden kann, aus der jetzigen Unklarheit allmälig das Bildungsfähige sich zu einem guten integrirenden Theile der Gesammtheit ummodeln, das Unhaltbare und Unberechtigte als Unmögliches der nothwendigen Zersetzung verfallen.

Im übrigen begrüßen wir diese Umgestaltung, die am ehesten geeignet sein wird, der bisherigen Verlumpung und unnatürlichen Zwangslage im Reichstage ein Ende zu machen und ein freieres Regen lebendig werden zu lassen.

So kann auch die angenommene Gefährlichkeit der Gegner uns nicht veranlassen, aus unserer Zurückhaltung herauszutreten. Wir überlassen zwanglos unsern Genossen, nach ihrer Ueberzeugung zu handeln, und glauben damit am besten dem ausgesprochenen Wunsche im freundlichen Sinne entgegenzukommen. Der Vorschlag aber, einer Vereinigung uns anzuschließen, die wir eben noch mit aller Entschiedenheit bekämpft haben, würde, wie schon betont, traurige Verwirrung der Begriffe in unsere Reihen bringen und Böses schaffen. Die anberaumte Generalversammlung mag das Weitere entscheiden.

Mit der Bitte, unsere Ablehnung rein sachlich zu beurtheilen, und in der Hoffnung, daß leidenschaftfreie Zeiten mit ruhigeren Erwägungen und unbefangeneren Anschauungen auch in unserer Vaterstadt das alte natürliche Zusammengehen wieder ermöglichen, zeichnen ergebenst

Der Vorstand
der Liberalen von Halle-Saalkreis.

Halle a/S., 25. Febr. 1889.

PS. Die Generalversammlung hat Vorstehendes genehmigt.

(Lang anhaltender stürmischer Beifall.)

Nachdem der Wortlaut des vorstehenden Schreibens von der Versammlung einstimmig genehmigt worden war, wurde die Versammlung kurz nach 9 Uhr mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 25. Februar, 11 Uhr.

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt mit dem Etat des Ministeriums des Innern.

Die Einnahmen werden debattelos genehmigt.

Bei Titel 1 „Minister" bringt

Abg. Sombart (nl.) die Frage der Landgemeinde-Ordnung zur Sprache und fragt an, ob man dieselbe schon im nächsten Jahre, wenn auch nur für die sieben östlichen Provinzen, vorlegen werde. Auch wirthschaftliche Bestimmungen, wie Körordnungen zur Hebung des Viehstandes, müßten in dieselbe aufgenommen werden. Die Wahlbarkeit und die Wahlfähigkeit zum Schöffen- und Schulgenamt müsse von einem höheren Alter als von 21 Jahren abhängig gemacht werden. Die Bestimmungen über die Gutsbezirke, wie jetzt vorgeschlagen, bedürften einer durchgehenden Aenderung. Die Landgemeinde-Ordnung sei namentlich nöthig, um einen Stamm seßhafter Landbesitzer zu bekommen, bei denen die Sozialdemokratie keinen Eingang finden werde. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Auf eine Anfrage des Abg. Lucius (frk.) in Bezug auf die Bestätigung von Bürgermeistern erklärt

Minister des Innern Herrfurth: Bei der Bestätigung von Bürgermeistern ist eine genaue Information über die gewählten Persönlichkeiten erforderlich, und ein Zeitraum von 4 Monaten zwischen der Wahl und der Einführung ist durchaus keine Verzögerung.

Bezüglich der Landgemeinde-Ordnung sind die Vorarbeiten nicht so weit gediehen, daß die Regierung sich über gesetzgeberische Maßnahmen schlüssig geworden ist. Die eingezogenen Ermittelungen haben über den Umfang und die Nothwendigkeit einer Aenderung der vorhandenen Mißstände durch eine Landgemeinde-Ordnung die verschiedensten Resultate ergeben, und es ist zweifelhaft geworden, ob nicht den vorhandenen Mißständen bereits de lege lata abgeholfen werden kann, ohne die Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu nehmen. Dort, wo eine energische Behörde mit eigener Initiative vorhanden ist, kann schon jetzt hervorgetretenen Mißständen erfolgreich begegnet werden. Schon jetzt ist die Möglichkeit vorhanden, daß gewisse Gutsbezirke in Landgemeinden umgewandelt werden. Derartige Bezirke können sich unter Zustimmung der Gemeindevertretung zu leistungsfähigen Verbänden vereinigen. In einzelnen Regierungsbezirken sind im Laufe der letzten 4, 5 Jahre 115 kleine Gutsbezirke im Wege freiwilliger Vereinbarung zu leistungsfähigen Verbänden vereinigt. Dasselbe gilt von denjenigen Gutsbezirken, welche rechtlich Gutsbezirke sind, faktisch aber den Charakter einer Landgemeinde haben. Wir haben in Preußen 15,000 Gutsbezirke mit vollständigen Kolonien, 450 Gutsbezirke mit mehr als 400 Einwohnern und 40 bis 50 mit mehr als 1000 Einwohnern. Derartige Gutsbezirke, die zu großen Industriegemeinden geworden sind, in Landgemeinden umzuwandeln, ist geboten. Das kann aber und ist bereits vielfach aufgrund der bestehenden Gesetzgebung geschehen. Das Umgekehrte gilt von solchen Gemeinden, wo eine Sonderung der Bezirke wegen der Gemengelage der Verhältnisse nicht mehr möglich ist. Hier scheint der Weg genossenschaftlicher Bildung geboten, und auch hier sind die Behörden zum entsprechenden Vorgehen angewiesen. Die Bildung ist möglich nur für einzelne Zwecke, z. B. die Armenpflege, oder für verschiedene Zwecke. Landarmenverbände besitzen wir schon verschiedentlich, und die Verbände haben sich vollständig bewährt durch rationellere Armenpflege, Verminderung der Abschiebung und Verminderung der Armenlasten. Es ist in Erwägung gezogen, namentlich die besonderen Ortsarmenlasten großen Verbänden zu übertragen, weil kleine Verbände dadurch ruinirt werden können. Ich hoffe, daß diese unsere Anweisung in ihrer Ausführung segensreich wirken werde. Auch die Vereinigung zur Tragung bestimmter kommunaler Lasten ist mehrfach durchgeführt. Dadurch ist die Intelligenz der Gutsbesitzer auch für die kleinen Gemeinden nutzbar gemacht und die Lasten sind vermindert worden. Durch die Kreisausschüsse sind dabei auch ungemeßmäßige Vertheilungen der Kommunallasten verhindert worden.

Daß man nicht allen Mißständen bei dem jetzigen Stande der Gesetzgebung abhelfen kann, gebe ich allerdings zu. Aber bevor man gesetzlich vorgeht, muß man die Bedürfnißfrage genau prüfen. Es kommen hier auch die Verhandlungen in Betracht, die schweben über die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer. Ueber den Stand der Verhandlungen kann ich jetzt keine Mittheilungen machen. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß, je kleiner die Gemeinden sind, um so größer die Ungleichmäßigkeit sein wird, und umsomehr hervor tritt die Bevorzugung einerseits der großen Städte gegenüber den kleinen und der wohlhabenden Gemeinden gegenüber den minder wohlhabenden. Darum ist auch die Frage, an welche Gemeinden überwiesen werden soll, sehr schwierig. — Andererseits ist zu berücksichtigen, daß mit die wesentlichsten Kommunallasten die Schullasten sind. In größeren Gemeinden handelt es sich häufig nicht um Kommunal-, sondern um Sozietätslasten, wenn die Gemeinden nicht freiwillig die Lasten übernommen haben. Man wird das alles ins Auge fassen müssen, um zu erwägen, ob und inwieweit den zu überweisenden Summen auch Verwaltungszwecke gegenüberstehen. Derartige eingehende Erwägungen rauben allerdings eine geraume Zeit, aber bei solchen wichtigen Fragen, wo ein revidirter Schritt schwere Schädigungen im Gefolge haben kann, ist es besser, den Grundsatz zu befolgen: chi va piano, va sano. (Beifall rechts.)

Abg. Zelle (dfr.): Das, was der Herr Minister gesagt hat, hat wohl manchen im Hause enttäuscht. Wenn die Vorarbeiten so viel Zeit erfordern, so hätten die Amtsvorgänger des Ministers schon lange an dieselben herantreten sollen. Der Minister appellirt an den guten Willen der einzelnen Gemeinden, das zu thun, wozu die Gesetzgebung nicht imstande sein soll. Der Minister hat ein italienisches Sprichwort citirt, ich will ihn an das Wort Goethe's erinnern: „Ich schneide gar zu gern aus ganzem Holze und müßte hier doch etwas leimen!" (Heiterkeit.) Das, was der Minister will, sind kleine Künste, aber kein Akt einer groß angelegten Gesetzgebung. Der Minister hat nicht gesprochen von der Möglichkeit, eine gute Gemeindevertretung zu schaffen. Nach dem unglücklichen Gesetz von 1856 ist diese eine sehr mangelhafte. Es ist mit den heutigen Ansichten nicht mehr zu vereinbaren, daß Nichtangesessene von jeder Mitwirkung an der Gemeindevertretung ausgeschlossen sind.

Schließlich möchte ich über das Schicksal einer Resolution des Abgeordnetenhauses, welche die Möglichkeit einer Hundesteuererhöhung schaffen wollte, Auskunft erbitten. Das ist eine echte Luxussteuer, deren Erhöhung und Festlegung keinen Federstrich kosten wird. Ich möchte um Antwort bitten, ob ein Gesetzentwurf zu erwarten steht.

Minister Herrfurth: Diese Sache kann nur im Wege des Gesetzes geregelt werden. Eingehende Erörterungen sind gepflogen, eine abschließende Entscheidung ist aber nicht getroffen worden. Es ist namentlich erwogen worden, ob die Hundesteuer nicht als Kreissteuer erhoben werden könne.

Abg. Borck (nl.) wünscht baldige Vorlegung einer Landgemeindeordnung auch für die Provinz Hessen-Nassau, wo die Gemeindeverhältnisse einer dringenden gesetzlichen Regelung bedürftig seien.

Abg. v. Czarlinski (Pole): Die von dem Minister erlassene Verordnung betr. die Namenschreibung in den polnischen Landestheilen ist verletzend für die Bewohner. Nach einer Entscheidung des Kammergerichts sollen die Namen der Ortschaften so geschrieben werden, wie sie im Grundbuch stehen, und hier sind sie seit der Occupation in der polnischen Schreibweise geschrieben. Diese Entscheidung des Kammergerichts sollte der Minister aufrecht erhalten. Auch das statistische Bureau hielt sich, wie es sich gebührt, an die polnische Schreibweise. Von den Verwaltungsbehörden dagegen werden die polnischen Namen in unglaublichster Weise verdentscht. Es ist doch unerhört, daß, weil die deutsche Schrift für die polnische Aussprache nicht die entsprechenden Schriftzeichen besitzt, nun die Worte mit den dem Laute entsprechenden deutschen Buchstaben geschrieben werden sollen, statt in der bisherigen beleidigenden polnischen Schreibweise. Dieser Chauvinismus, der uns der altgewohnten polnischen Ortsnamen beraubt, ist unverzeihlich.

Ich möchte des weiteren mein Bedauern aussprechen über die politische Stellungnahme der Kreisblätter. Ich bitte den Herrn Minister dafür zu sorgen, daß die Kreisblätter keine politischen Artikel mehr bringen; denn es ist doch ungerecht, wenn die Blätter sich gegen einen Theil der Bevölkerung wenden, der zu ihrer Erhaltung mit beitragen muß. Endlich bitte ich, mit den Ausweisungsmaßregeln nun doch einmal ein Ende zu machen.

Minister Herrfurth: In Bezug auf die Schreibung von polnischen Namen ist bei uns keineswegs eine Aenderung gegenüber der Kammergerichts-Entscheidung eingeführt. In die Schreibung von Privatnamen mischen wir uns überhaupt nicht. Bei der Schreibung von Ortsnamen dagegen begnügen wir uns, nur insoweit Aenderungen zu verlangen, als es zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs unumgänglich ist und bei denen Laute vorkommen, die deutsch gar nicht zu schreiben sind.

Bei den Kreisblättern sind die Behörden nur für den amtlichen Theil verantwortlich, für den nichtamtlichen Theil dagegen nur die Redacteure der Blätter. Hinsichtlich der Ausweisungen kann man uns keine Inhumanität vorwerfen. Neue Ausweisungen sind nicht mehr nöthig gewesen; es handelt sich jetzt nur noch um schon in früheren Jahren verfügte, die Fristen erhalten, oder über deren Uebernahme auf den Staat Verhandlungen geschwebt haben. In einem in der Presse aufgebauschten Falle, wo der Betreffende durch die Ausweisung zum Selbstmord getrieben sein sollte, handelt es sich um einen Mann, der schon seit anderthalb Jahren die Ausweisungsordre erhalten und immer neue Fristen erhalten hatte.

Abg. Wirth (dfr.) (auf der Tribüne schwer verständlich) plaidirt für endliche Durchführung der von der Regierung als nothwendig anerkannten Aenderung der Städteordnung für Nassau, und im Zusammenhang damit der Landgemeindeordnung, wobei allerdings nicht schablonenmäßig vorgegangen werden dürfe.

Abg. v. Strombeck (Centr.): Eine vom Hause angenommene Resolution auf Abänderung der Baupolizeiordnung für den Regierungsbezirk Erfurt, welche für den ärmeren Theil des Bezirks, das Eichsfeld, wegen der Bestimmungen, betr. die Beseitigung der Holzgiebel drückend ist, hat trotz wohlwollender Haltung des Ministeriums keine Folge gefunden, wohl wegen der bureaukratischen Stellung der Provinzialinstanzen. Ich erinnere an den Beschluß des Hauses und bitte dringend, denselben zur Ausführung zu bringen. — Weiter sind mir aus meinem Wahlkreise Klagen von Webern darüber zugegangen, daß sie zu den Beiträgen für Krankenkassen über ihre Kräfte hinaus herangezogen würden. In der That sind die Beiträge der Weber enorm hoch. Jedenfalls beruhen diese Bestimmungen auf Unkenntniß, nicht aus Mangel an Wohlwollen, deshalb hoffe ich auf eine Abänderung. Einen anderen Wunsch habe ich bezüglich der Bestimmungen der Thierquälerei. Erfreulicherweise sind solche Bestimmungen in einzelnen kleinen Staaten getroffen worden, ich möchte eine generelle Anordnung zum Schutze der Thiere erlassen sehen.

Maßregeln erscheinen mir auch erforderlich bezüglich einer genauen Feststellung des Aufenthalts wandernder Gymnastikertruppen. Vielfach werden Klagen laut von Eltern, welche ihre Kinder zur Ausbildung solchen Gymnastikern anvertraut haben und über den Aufenthalt derselben in Unkenntniß bleiben.

Schließlich richte ich an die Regierung die Bitte, behufs Ausführung des Invalidengesetzes möglichst bald diejenigen Behörden zu bezeichnen, an welche sich die Arbeiter zur Erlangung von Attesten über die abgekürzte Wartezeit für die Uebergangsperiode zu wenden haben, um möglichst vielen Arbeitern die Wohlthat des Gesetzes zutheil werden zu lassen.

Minister Herrfurth: Auf die Frage der Baupolizeiordnung für Erfurt ist bereits schriftlich Auskunft ertheilt, in der hervorgehoben ist, daß die Stellungnahme der Regierung auf dem Beschlusse des Bezirksausschusses beruht. — Ueber die Verwendung von Kindern bei Gymnastikern ist die polizeiliche Kontrolle schon jetzt sehr scharf. — Der Wunsch, bald Bescheinigungen für die Arbeiter zu besorgen, damit diese bald in den Genuß der Vortheile der Alters- und Invalidenversicherung treten können, ist durchaus berechtigt. Die bezüglichen Verfügungen sind bei den verschiedenen Ministerien schon in Vorbereitung und werden in kurzem erlassen werden. Dabei finden auch die sonstigen Wünsche Berücksichtigung; namentlich werden nicht die Landräthe, sondern die Gemeinde- und die Ortspolizeibehörden mit der Ausstellung der Atteste betraut werden.

Abg. Bachem (Ctr.) bringt nochmals die bekannte Rheinbrohler Glocken-Affäre zur Sprache und spricht seine Genugthuung darüber aus, daß dieselbe endlich durch das Gericht zugunsten der Kirchengemeinde entschieden sei. Die Kosten bitte er, nicht der Civilgemeinde zur Last zu legen.

Minister Herrfurth bemerkt, daß früher der Rechtsstreit nur nebenher im Hause behandelt, die Hauptsache aber die Angriffe gegen den Bürgermeister von Rheinbrohl geübt hätten. Die Civilgemeinde sei wegen der Kosten bereits in zurückstellender Weise beschieden. Herr Bachem macht heute die Hauptsache zur Nebensache und umgekehrt. Er mag wohl jetzt beim Läuten der Glocken ausrufen: „Die Rheinbrohler Glocken haben ein schönes Geläut" aber fortfahren könnte man nicht: „und des Bürgermeisters Feinde sind kreuzbrave Leut." (Heiterkeit.)

Abg. v. Eynern (natl.) erinnert daran, daß Abg. Bachem hier früher unter schwerem Mißbrauch der Redefreiheit gegen den Bürgermeister von Rheinbrohl Anklagen geschleudert habe, die durch ehrengerichtliches Urtheil mußten verworfen werden.

Abg. Rickert (dfr.): Ich behalte mir wegen augenblicklicher Heiserkeit die Erörterung dessen, was ich für diese Berathung angekündigt habe, für die 3. Lesung vor, namentlich die Besprechung der Handhabung der offiziösen Presse. Der Herr Minister will freilich für den Inhalt der Kreisblätter die Verantwortung ohne weiteres den verantwortlichen Redaktionen zuschieben. Es ist aber notorisch, daß das Preßbureau, mit dem die Landräthe in Verbindung stehen, diese Blätter, in denen die anderen Parteien verlästert werden, bedient. Auch auf die Frage des Welfenfonds werde ich bei der 3. Lesung eingehen. Heute möchte ich nur mein Bedauern aussprechen, daß der Herr Minister keine andere Erklärung in Bezug auf die Landgemeindeordnung abgegeben hat. Ich glaube, diese Erklärung wird niemand befriedigen, da es sich um eine Aufgabe handelt, die schon seit 34 Jahren der Lösung harrt. Nach den Ausführungen muß man ja annehmen, daß das große Reformwerk zunächst noch gar nicht zu erwarten ist. Ich möchte mir aber wenigstens die Bitte an den Herrn Minister erlauben, von dem Material, welches ihm durch die Behörden zugegangen ist, auch dem Landtage in irgend einer Weise Mittheilung zu machen.

Minister Herrfurth: Ich wiederhole, daß die Verhandlungen noch nicht so weit abgeschlossen sind, daß die Staatsregierung sich über die Form der gesetzgeberischen Maßregeln äußern könnte, und daß auch das Material noch nicht vollständig gesammelt ist, besonders, da die Eingänge noch viele Richtigstellungen erfordern.

Für die offiziöse Presse wird weder aus dem Gehalt des Ministeriums, noch aus irgend einem andern Fonds des Ministeriums des Innern etwas gezahlt. Allerdings ist das literarische Bureau faktisch dem Ministerium des Innern unterstellt. Dieses ist aber lediglich Lektorenbureau, das nur Exzerpte zu machen hat und keine positive Thätigkeit entfaltet. Im übrigen aber muß die Staatsregierung für sich die Befugniß in Anspruch nehmen, in der Presse ihre Ansichten zur Vertretung zu bringen, namentlich auch um irrige Ansichten über die Intentionen der Regierung zu berichtigen. Das aber glaube ich bestimmt vertreten zu können, daß aus dem Ministerium des Innern, so lange mir die Verwaltung anvertraut ist, niemals ein Artikel gekommen ist, der die epitheta ornantia, die Hr. Rickert auf die offiziöse Presse anwendet, rechtfertigt. Die Herren sind gewohnt, Artikel, die ihnen unbequeme Wahrheiten sagen, als offiziös zu bezeichnen, weil sie glauben, dadurch die Wirkung derselben abzuschwächen. Wenn einmal ein Artikel den Zorn des Hrn. Rickert so weit erregen sollte, daß sich sein Blick dadurch verdunkelt, so rathe ich ihm, einige Leitartikel aus den maßgebenden Zeitungen seiner eigenen Partei zu lesen. Ich bin überzeugt, dann wird sein Blick bald wieder so weit geschärft werden, daß er nicht bloß den Splitter in seines Nächsten Auge sieht.

Abg. Sombart (nl.): Zu meinem Bedauern muß ich erklären, daß mich die Ausführungen des Ministers betr. die Landgemeindeordnung keineswegs befriedigt, sondern auf mich und wohl auch auf andere Herren wie ein kalter Wasserstrahl gewirkt haben. Wäre es nicht der von mir hochverehrte Minister, sondern ein Abgeordneter, so würde ich sagen: er ist wie die Katze um den heißen Brei herumgegangen (Heiterkeit) und hat den Kardinalpunkt gar nicht berührt.

Daß hier und da aufgrund der bestehenden Gesetzgebung gewisse Uebelstände beseitigt werden können, gebe ich ja zu, aber wir wollen doch durch eine einheitliche, zusammenhängende Gemeindeordnung allen Uebelständen mit einem mal abhelfen. Der Kardinalpunkt in der ganzen Frage ist die Inkorporirung der Rittergüter in die Landgemeindeordnung, der ist vom Minister gar nicht berührt worden. Anscheinend liegt eine höhere Gewalt über uns, die es verhindert, daß wir zu einer organischen Gesetzgebung kommen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Grimm (nl.): Trotzdem die vom Abg. Wirth warm befürwortete Neuregelung der Landgemeindeordnung für Hessen-Nassau jedenfalls ein Bedürfniß ist, liegt doch das dringendste Bedürfniß für die sieben östlichen Provinzen vor, die gar keine Gemeindeordnung haben. Dringender ist für Hessen-Nassau eine Städte-Ordnung. Man sträubt sich aber in Hessen seitens der freisinnigen Bürgerschaft, statt des jetzigen unerträglichen Zustandes eine bestehende Städteverfassung, z. B. die preußische, anzunehmen, sondern wartet auf eine ideale Verfassung. Auf diesem Standpunkte stehe ich nicht. Anstelle der unleidlichen Verhältnisse ist mir ein Provisorium lieber, und als solches würde mir die preußische Städteverfassung gelten, auf deren Boden sich auch einige recht liberal regierte Städte befinden.

Abg. v. Czarlinski (Pole) betont die innere Berechtigung der Schreibung polnischer Ortsnamen und erklärt, durch die Ausführungen des Ministers auch bezüglich der Ausweisungen nicht zufriedengestellt zu sein.

Abg. v. Berger (wild-lib.): Herr Bachem hat die Rheinbrohler Glockenaffäre heute nicht als Parteimann, sondern als Anwalt gestreift. Ich kann daher verzichten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen, die dem Abgeordnetenhause jedenfalls schon leid geworden ist.

Abg. Bachem (Centr.) erwidert dem Abg. v. Eynern, daß er auf dessen Ton nicht eingehe. Herr Eynern müsse wohl an dem Rechtsstreit betheiligt sein, denn, wie es früher dem Verurtheilten gestattet war, binnen einiger Zeit das Urtheil zu halten, so mache Herr v. Eynern jetzt von dieser Freiheit Gebrauch. Dieser sei auch nicht — wie Herr Berger — ein geschickter und feiner Gegner. (Heiterkeit.) Uebrigens stehe dem militärischen Ehrengericht das landgerichtliche Urtheil gegenüber.

Abg. Dr. Windthorst (Centr.) verlangt, daß alle politischen Erörterungen aus den amtlichen Blättern verschwinden. (Sehr richtig!) Jetzt würden diese Blätter namentlich zu Wahlzwecken mißbraucht. Redner wünscht ferner, daß den berliner Schutzleuten Gelegenheit zum Kirchenbesuch am Sonntag gegeben werde.

Minister Herrfurth: Mehr als die Hälfte dieser Blätter sind private, dem Einfluß der Regierung nicht unterliegende, und nur in wenigen von denen, welche Unternehmen der Regierung sind, sind politische Artikel, für welche besondere Redaktionen verantwortlich sind. — Die berliner Schutzleute haben den Dritteldienst, können also jeden dritten Sonntag die Kirche besuchen. Zur Ermöglichung einer weiteren Sonntagsruhe gehörte eine Vermehrung des Personals, wovon bisher aus politischen Rücksichten Abstand genommen ist.

Abg. Szmula (Centr.) tadelt, daß die Regierung so oft kommissarische statt ehrenamtliche Amtsvorsteher bestalle, namentlich in Schlesien.

Abg. Dr Windthorst (Centr.): Die Antwort des Ministers über die Kreisblätter befriedigt nicht. Die Regierung ist stets in der Lage, wenn auch die Kreisblätter private Blätter sind, auf den politischen Inhalt einen Druck auszuüben, und eine politische Aeußerung wird stets als Aeußerung der Regierung angesehen.

Bezüglich des Gottesdienstes der Schutzleute möchte ich eine Aufforderung an den Polizeipräsidenten erlassen sehen, eine Ermittelung darüber anzustellen, wie oft die Schutzleute die Kirche besuchen. Das Militär wird regelmäßig in die Kirche geführt,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900227021/fragment/page=0002

und auch darauf gesehen, daß die Leute darin bleiben. (Heiterkeit rechts.) Das ist ein Ruhm der preußischen Armee, denn Pflichterfüllung kann nur auf religiösem Boden erwachsen. (Beifall im Centrum.) Was ich wünsche ist für die Beamten der anderen Ressorts. Die Intentionen Sr. Majestät können mit bureaukratischen Mitteln nicht erfüllt werden. Vieles kann schon geschehen auf dem Verwaltungswege, und nicht blos im Ressort des Ministers des Innern. Mit dem Kultusminister werden wir auch noch eine ernste Unterhaltung haben. (Heiterkeit; Beifall im Centrum.)

Minister Herrfurth: Eine amtliche Kontrolle des Kirchenbesuchs der Beamten findet nicht statt und kann nicht für angezeigt erachtet werden; die berliner Schutzmannschaft sind keine Rekruten und keine Soldaten, und sie beim Kirchenbesuch wie das Militär zu behandeln wäre verkehrt. (Beifall rechts.)

Abg. Stöcker: Die Auskunft des Herrn Ministers befriedigt nicht. Die Schutzleute haben an ihren freien Sonntagen oft noch bis 8 Uhr morgens Dienst. Das ist doch kein freier Sonntag. Wenn die Beamten aber von den Segnungen des Sonntags nichts wissen, so können sie das Nichtschätzen des Sonntags seitens anderer nicht richtig würdigen. Auch vom sittlichen Standpunkte ist die Sonntagsheiligung für die Schutzleute von Bedeutung, weil die Hebung ihres sittlich religiösen Gefühls wesentlich ist für die Erfüllung ihrer Aufgabe, namentlich der Prostitution gegenüber. Dagegen halte ich es nicht für richtig, daß die Schutzleute Sonntags zur Kirche geführt werden; das würde nur zur Heuchelei führen. Jedenfalls aber ist es nothwendig, die Beamten nicht mit Dienststunden zu überlasten und ihnen den Sonntag nicht zu entziehen.

Minister Herrfurth: Die Schutzleute, welche einen freien Sonntag haben, sind sehr wohl in der Lage, den Gottesdienst zu besuchen. Es wird ihnen dazu völlig freie Hand gelassen, und auch bei dem Nachtdienst schon die gehörige Rücksicht darauf genommen.

Abg. Dr. Windthorst: Ich freue mich, daß von höchster Stelle aus eine Aenderung in Bezug auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie dahin proklamirt wird, daß diese mit geistigen Mitteln bekämpft werden soll. Dazu gehört auch die Sonntagsheiligung. Aber in Kreisblättern und der offiziösen Presse habe ich nicht viel über die Intentionen Sr. Majestät gelesen. Die Bajonette allein reichen gegen solche Evolutionen der menschlichen Gesellschaft nicht aus, wir müssen mit geistigen Mitteln kämpfen. Das will jetzt unser Kaiser, und wir werden ihn mit allen Kräften unterstützen. (Beifall im Centrum.)

Eine Kontrolle über den Kirchenbesuch der Beamten ist wohl möglich, denn man weiß doch sonst ganz genau, ob ein Beamter katholisch ist und fleißig in die Kirche geht. (Widerspruch rechts.) Ich verlange ja nicht, daß die Schutzleute ganz wie das Militär kontrollirt werden, sondern habe es nur als Beispiel angeführt. Irgend eine Kontrolle ist sehr wohl möglich, und auch die Geistlichen könnten daran theilnehmen.

Abg. Stöcker: Die Schutzleute, oft Leute von 50 bis 60 Jahren, können ebensowenig in ihrem Kirchenbesuch kontrollirt werden, wie etwa die Mitglieder des Centrums in ihrem Wegbleiben von Herrn Windthorst (Heiterkeit.) Der Sozialdemokratie kann nur begegnet werden durch eine Zusammenfassung des sittlich-religiösen Lebens. Die Regierung ist auch stets der Ansicht gewesen, daß man äußerlich unterdrücken, innerlich heben und beleben müsse. Der Standpunkt des Centrums, das bloße innere Kämpfen, genügt auch nicht. Wo revolutionäre Gelüste sind, wo geballte Fäuste sich erheben, müssen sie niedergeschlagen werden. Das ist die Pflicht der Obrigkeit. (Beifall rechts.)

Abg. v. Eynern: Die salbungsvollen Reden des Abg. Windthorst über die Sozialdemokratie werden eigenthümlich illustrirt durch das Verhalten der Centrumspartei bei der Wahl in Solingen, wo sie jetzt einem Sozialdemokraten zum Siege verholfen hat. Dort hatten sich sämmtliche Ordnungsparteien vereinigt auf die Person des Landesdirektors Klein. Derselbe ist gut katholisch, und ich würde keinen Anstand genommen haben, ihm meine Stimme zu geben, auch wenn er der Centrumsfraktion beigetreten wäre, nur um dem Sozialdemokraten nicht zum Siege zu verhelfen. Da Herr Klein aber als Landesdirektor der Rheinprovinz, obwohl er mit den Grundanschauungen des Centrums übereinstimmte, einer bestimmten Fraktion nicht beitreten wollte, erklärten Herr Windthorst und Herr Bachem, daß das Centrum diese Kandidatur nicht unterstütze, weil sie eine Vereinigung der Ordnungsparteien nicht haben wollten. Dieses Verhalten steht im Widerspruch mit den Ausführungen des Abg. Windthorst (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bachem: Die Auseinandersetzung des Herrn v. Eynern über Solingen ist nicht vollständig. In Solingen ist dreimal das Centrum gegen die Sozialdemokraten unterlegen, weil die Nationalliberalen das Centrum bekämpften. Bei der letzten Wahl mußte die Centrumspartei wieder einen eigenen Kandidaten aufstellen, weil sie nach den Sozialdemokraten die stärkste Partei war. Hätte sie sich mit einem Kandidaten begnügt, der nicht ihrer Partei beitreten wollte, so hätte sie sich selbst eine Ohrfeige gegeben, und dazu hatte sie keine Veranlassung, namentlich nicht gegenüber der nationalliberalen Partei, die nun gar nichts mehr zu bedeuten hat und die sich auch bei der Wahl ganz zurückgezogen hat. Warum haben denn die Nationalliberalen nicht den Abg. Reichensperger unterstützt, der doch selbst von den höchsten Autoritäten als Ordnungsmann anerkannt ist? Wozu aber überhaupt die sittliche Entrüstung der Nationalliberalen, die doch durch ihre Unterstützung mehrfach Sozialdemokraten in den Reichstag gebracht haben? In München U haben die hohen nationalliberalen Beamten demonstrativ für den Sozialdemokraten gestimmt. Auch in Magdeburg war es ähnlich. Für die Wahlen in Köln und Hannover sind Briefe gewechselt worden, die durch einen Zufall zur Kenntniß anderer kamen, und in denen der Vorschlag gemacht wurde, die Nationalliberalen sollten in Hannover für den Sozialdemokraten stimmen, um in Köln die Unterstützung der Sozialdemokraten gegen die Ultramontanen zu bekommen. Nachher freilich haben in Köln die Sozialdemokraten sich der Abstimmung enthalten, in Hannover aber wurde der Sozialdemokrat gewählt.

Abg. Dr. Windthorst: Ich beflage es, daß ein so intelligenter, ausgezeichneter, braver Katholik wie Herr Klein nicht in den Reichstag gekommen ist, er wäre eine Zierde desselben gewesen und hätte auf vielen Gebieten viel nützen können. (Abg. v. Eynern: Sehr richtig!) Dann hätten die Nationalliberalen aber auch sagen müssen: Wir verlangen nicht, daß er außerhalb der Centrumsfraktion stehe, der er innerlich angehöre. (Abg. v. Eynern: Ist nicht verlangt worden!) Herr Klein ist aber rücksichtsvoll genug gewesen, dem Centrum nicht beizutreten, aus persönlichen Erwägungen. Daß wir aber einen Katholiken, der unsere Hilfe in Anspruch nimmt, nicht unterstützen können, wenn er nicht zu uns tritt, liegt auf der Hand. Wir müßten sonst die Fraktion aufgeben, und das haben wir noch nicht vor.

Bezüglich des Gottesdienstes der Schutzleute bin ich durchaus nicht der Meinung, daß sie genau wie das Militär kontrollirt werden sollen. Ich habe das nur als Beispiel angeführt. Ich habe auch nicht behauptet, daß die Regierung nur mit Gewalt die Sozialdemokraten zurückdrängen wolle, aber die anderen Mittel sind von ihr vernachlässigt worden. Die Klassen, die jetzt entwöhnt sind, die Kirche zu besuchen, müssen veranlaßt werden, wieder in die Kirche zu gehen, und wenn Herr Stöcker meint, ich könne ebenso gut die Centrumsfraktion in ihrem Kirchenbesuche kontrolliren, so entgegne ich: Ich weiß, daß sie auch den meinigen beobachten, und darüber bin ich froh, denn wenn sie mich beachten wollen, müssen sie auch in der Kirche sein. Ich bedaure, daß die christlich-soziale Thätigkeit des Herrn Stöcker beeinträchtigt worden ist. Auf diesem Gebiete könnten wir wieder einen Anknüpfungspunkt finden.

Abg. v. Eynern (nl.): Herr Bachem hat mit advokatorischer Geschicklichkeit die einzelnen Vorgänge in Solingen verwischt. Er thut, als ob Herr Klein seitens der Centrumspartei nicht nominirt worden sei. Herr Klein war seitens der Centrumsfraktion im Kreise Solingen acceptirt und nominirt worden. Die Centralleitung der Centrumspartei für die Rheinprovinz, deren geistige Spitze Herr Bachem ist, hat die Nomination aber verworfen, weil Herr Klein nicht bereit war, dem Centrum beizutreten.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Es ist nicht wahr, daß 1884 eine Verabredung der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten in Bezug auf Köln und Hannover stattgefunden hat. Allerdings ist eine Anfrage darüber an mich ergangen, ich habe aber ablehnend geantwortet. Herr Bachem, welcher den Brief, der an seinen Namensvetter gerichtet war, erbrochen und gelesen hat, hat auch den zweiten Brief gelesen und hätte daher auch dessen Inhalt mittheilen müssen. Das hat er nicht gethan, und das zeigt den fanatischen Parteigeist in ihm, daß er nicht einmal derartigen Anforderungen des gewöhnlichen Verfahrens unter gebildeten Männern nachkommt. Dieser fanatische Parteigeist ist der beste Beweis gegen seine Behauptung, daß unsere Partei nichts mehr bedeute. Er weiß eben, daß wir immer noch am gefährlichsten für seine Partei sind. (Widerspruch im Centrum.) Herr Windthorst sollte seine Mahnung an seine eigenen Freunde richten; denn wenn er in dem Zusammenschließen aller Elemente gegen die sozialistische Gefahr eine Ahnlichkeit sieht, so sollte er dafür sorgen, daß unter den jüngeren Elementen seiner Partei nicht solche sich heranbilden, die von einem derartigen Parteigeist erfüllt sind wie Herr Bachem.

Abg. Dürre (nl.): Es ist eine Unwahrheit, daß die nationalliberale Partei in Magdeburg für den Sozialdemokraten gestimmt hat. Als Hr. Büchtemann 1884 in die Stichwahl kam, wurde in einer Versammlung ausdrücklich von den nationalliberalen Rednern erklärt, wie müßten für Büchtemann eintreten. Das entsprang dem Gefühl der Solidarität zwischen unserer und den anderen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Aus demselben Gefühl entstand unser Verlangen an die Freisinnigen, 1887 gegen die Sozialisten auf unsere Seite zu treten, und auch diesmal würden wir, falls es zu einer Stichwahl gekommen wäre, zweifellos für die Freisinnigen eingetreten sein, resp. dasselbe von ihnen erwartet haben.

Abg. Bachem: Daß der für meinen Namensvetter bestimmte Brief in meine Hände gekommen ist, ist sehr natürlich. Wir beide waren in jener Zeit Stadtverordnete und Redacteure, jener ein Vetter von mir, von der „Köln. Zeitung," ich von der „Köln. Volkszeitung." Der Doktortitel, den jener führt, wird in Köln allen Advokaten vom Volk beigelegt, sodaß, wenn die Adresse nicht ganz genau geschrieben wird, eine Verwechslung sehr leicht möglich ist. Dazu kommt, daß der in Frage stehende Brief nicht von mir persönlich geöffnet ist, sondern von einem andern, der beauftragt war, die für mich bestimmten Briefe zu öffnen und zu lesen, und man muß auch einen für einen selbst nicht bestimmten Brief lesen, um überhaupt zu wissen, daß er für einen andern bestimmt ist. Von einem zweiten Brief weiß ich nichts. Daß aber Verhandlungen eingeleitet sind, ergab die spätere Niederlage von Hrn. Brüel in Hannover.

Abg. Dr. Sattler: Die Thatsache steht fest, Herr Rechtsanwalt Julius Bachem, Mitglied des Abgeordnetenhauses, hat einen Brief an den Dr. Albert Bachem, Redacteur der „Köln. Ztg." erbrochen oder durch seinen Vertreter erbrechen lassen. (Lärm und Widerspruch im Centrum.) Der Brief ist von ihm benutzt und gelesen worden. Das ist nicht einmal, das ist zweimal geschehen. Herr Rechtsanwalt Julius Bachem hat von dieser Kenntniß in öffentlicher Sitzung des Abgeordnetenhauses Gebrauch gemacht, um meine Partei anzugreifen. (Sehr wahr! bei den Ntl.) Darüber überlasse ich das Urtheil dem Hause. (Beifall bei den Ntl.) Ich stelle noch fest, daß eine Verabredung über die Wahl in Köln-Hannover nicht stattgefunden hat. Herr Bachem aber handelt nach dem Grundsatz: Calumniare audacter, semper aliquid haeret! (Lebhafter Beifall bei den Ntl., Lärm und Widerspruch im Centrum!)

Abg. Dr. Windthorst: Es ist hohe Zeit, die Beschwerden der Katholiken endlich zu beseitigen, um der Ueberwucherung der Sozialdemokratie auch in unseren Gegenden entgegen zu arbeiten. Die Katholiken werden benachtheiligt in der Anstellung und Beförderung von Aemtern. (Widerspruch rechts.) Sehen Sie nur die neuen Ernennungen im Kultusministerium an. Wo ist da die Parität? Wo sind die katholischen Oberpräsidenten? Es wird nothwendig sein, eine Statistik in allen Ressorts über die Anstellung der katholischen Beamten aufzunehmen.

Abg. Bachem: Herr Sattler hat jene Entrüstung darauf gegebaut, als wenn ich Auftrag gegeben hätte (großer Lärm bei den Nationalliberalen und rechts, Glocke des Präsidenten), einen Brief zu öffnen, der nicht für mich bestimmt war (Rufe: Ehrenmann!) Was sollen denn diese Zwischenrufe bedeuten, als daß ich beschuldigt werde, ich hätte einen Brief geöffnet, der nicht für mich bestimmt war. Wenn ich das gethan hätte, würde ich mich in der That einer Infamie schuldig gemacht haben; aber als der Brief in Köln ankam, war ich gar nicht da. Ich konnte gar keinerlei Einwirkung auf seine Oeffnung haben. (Rufe: Benutzt! gelesen! Ehrenmann!) An der Oeffnung des Briefes habe ich nicht den mindesten Antheil. Erst mehrere Tage nachher ist mir erzählt worden, daß der Brief in gutem Glauben geöffnet, und so bin ich durch Zufall zur Kenntniß des ersten Briefes gekommen. Ist das ein Unrecht, von einer derartigen Thatsache, die man durch einen Zufall erfährt, irgend welchen Gebrauch zu machen? (Großer Lärm. Jawohl! rechts und bei den Nationalliberalen.) Von dem zweiten Brief habe ich erst durch Hrn. Sattler erfahren. Die erste Behauptung ist ehrenrührig und hat mit den wirklichen Thatsachen nichts zu thun. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Sattler: Ich stelle noch einmal fest, daß Herr Bachem oder ein beauftragter (Lärm im Centrum) — Stellvertreter, einen Brief, der von mir an eine andere Adresse gerichtet war, aufgebrochen und gelesen hat. (Widerspruch im Centrum.) Darin liegt aber nicht die Infamie. Das Infamirende liegt darin, daß Abg. Bachem sich nicht gescheut hat, von dem Inhalt des Briefes in öffentlicher Sitzung des Abgeordnetenhauses Gebrauch zu machen. (Sehr wahr! und Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich habe nicht gegtaubt, daß es über dieses Verfahren eine Meinungsverschiedenheit geben könnte. Möge Herr Bachem sie haben! (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Bachem; Herr Sattler hat jenen Vorwurf wesentlich eingeschränkt (Oho! bei den Natl.) darauf, daß ich nicht befugt gewesen sei, aufgrund einer durch Zufall erworbenen Kenntniß die Sache hier zur Sprache zu bringen. Diesen Vorwurf räume ich dadurch aus dem Wege, daß diese Thatsache bereits häufig in den Zeitungen erwähnt worden ist (Lachen bei den Natl.). Ich selbst habe nichts darüber in die Zeitungen gebracht, nicht das Geringste, denn ich hatte die Briefe nicht gelesen. (Gelächter bei den Nationallib. und rechts.)

Abg. Dr. Sattler: Die „Kölnische Volkszeitung" hat mich schon ein paar Mal wegen der Sache in Anspruch genommen, ich habe die Gelegenheit benutzt, um hier dem Lande von der Sache Kenntniß zu geben. Wer die „Kölnische Volkszeitung" zur Veröffentlichung veranlaßt hat, darüber überlasse ich auch das Urtheil dem Hause. Der Brief ist in der Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung" erbrochen worden. (Sehr gut! und Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bachem: Ich nehme nicht an, daß darin eine Insinuation liegen soll, als wenn ich die Angelegenheit in die „Köln. Volkszeitg." gebracht hätte. (Rufe bei den Nationalliberalen: Na, Na! Unanständig! Unruhe im Centrum.) Ich weise diese Insinuation zurück. Sie trifft nicht zu. Das Blatt wird nicht von mir allein redigirt, und ich behandele dort die Sachen nicht regelmäßig. (Lachen, Rufe: Na! Na! Abg. v. Cuny: Unanständig! Unruhe im Centrum.)

Der Titel wird bewilligt.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung des Etats auf Mittwoch 11 Uhr. (Außerdem Anträge und Wahlprüfungen.)

Schluß 4½ Uhr.

Vermischtes.

** [Dammbruch.] Nach weiteren telegraphischen Nachrichten vom 25. d. über die Katastrophe in Arizona ist eine ungeheure Wasserwoge am Sonnabend den Hassayampafluß hinuntergetrieben, in welchem 34 am Damme beschäftigte Arbeiter den Tod fanden. Den ersten Meldungen entgegen ist die Stadt Wickenburg erhalten geblieben. Der Verlust an Menschen zwischen Wickenburg und dem Damme dürfte die Zahl 40 nicht übersteigen. Ein Reuter'sches Telegramm vom 24. d. besagt noch: Infolge des Dammbruchs bei Prescott, Arizona, wurde die 30 Meilen von dem Reservoir entfernt liegende Stadt Wickenburg überschwemmt. Man befürchtet, daß sich nur wenige Einwohner der Stadt haben retten können, da die telegraphische Verbindung aber unterbrochen ist, so läßt sich der Verlust an Menschenleben auch nicht annähernd mit Sicherheit angeben. Der Eigenthumsverlust beziffert sich auf mehre Millionen Dollars. Der "New York Herald" veröffentlicht heute einen Bericht über die Katastrophe, welcher von Phönix, Arizona, datirt ist. Die Nachrichten wurden dorthin von einem Manne gebracht, welcher die ganze große Strecke in 5 Stunden zu Pferde zurücklegte. Als er in die Stadt kam, stürzte sein Pferd todt hin. Das Thal unterhalb des Dammes ist meilenweit glattgefegt. Felsstücke wurden wie Späne von den reißenden Wassern fortgeschwemmt und das Gebrülle der Fluthen war weithin vernehmbar. Der Bote berichtet, daß kein Mensch in dem Thale dem Tode entronnen sei. Es sind viele Goldsucher in der Gegend. Diese wohnen selten in Gebäuden und daher ist es schwer, den Verlust an Menschenleben zu schätzen. Eine Anzahl Aerzte und anderer Leute ist an den Schauplatz des Unglücks geeilt, um Hilfe zu leisten, wo solche noch möglich ist.

** [Eine Entzündung schlagender Wetter] fand am Montag auf der Zeche „Sieben Planeten" statt. 5 Bergleute erhielten Brandwunden; eine Betriebsstörung wurde nicht verursacht.

** [Arbeitszeit.] In Barmen nahm eine zahlreich besuchte Versammlung von Riemendrehern eine Resolution an, in der sie sich für eine zehnstündige Arbeitszeit und die Abschaffung aller Ueberstunden, sowie der Accord- und Nachtarbeit aussprich. Aus 15 der größten Riemendrehereien wurden je 3 Arbeiter gewählt, welche mit den Fabrikbesitzern auf gütlichem Wege über eine Lohnerhöhung unterhandeln sollen. Vom Streik wurde vorläufig Abstand genommen.

?? [Eine eigenthümliche Reise], berichtet man uns, hatte das türkische Panzerschiff „Erzegroul," welches vor etwa 9 Monaten von Konstantinopel nach Japan segelte, um dem Mikado einen türkischen Orden zu überbringen. Drei oder viermal gerieth die Maschine in Unordnung (einmal im Suezkanal) und in jedem Hafen mußte es länger bleiben, weil kein Geld da war. In Aden blieb das Schiff wochenlang und in Colombo gar 3 Monate. Endlich langte es in Singapore an, da war aber die Munition ausgegangen und es konnte nicht die üblichen Salutschüsse abfeuern. Der Gouverneur befahl deshalb, nachdem man ihm die Ursache der Unpöflichkeit erklärt hatte, den Türken nicht als Kriegsschiff zu behandeln, weshalb er Hafengebühren entrichten müsse. Der Kapitän hatte aber weder Geld, noch Kohlen, um nach Japan weiterfahren zu können. Bei Abgang der letzten Post saß der „Erzegroul" noch immer in Singapore fest und wartete auf Rimessen von Konstantinopel, welche entweder gar nicht oder in ungenügendem Betrage kamen. Wahrscheinlich ist das Schiff noch da.

— [Diebstahl.] In Berlin fand am Dienstag früh Silber- und Goldsachen im Werthe von mehr als 10,000 M. aus einem Hause in der Louisenstraße mittelst Anwendung falscher Schlüssel gestohlen worden, darunter befanden sich silberne neumarmige Kronleuchter, verziert mit Weintrauben und Figuren in altdeutscher Tracht, 2 silberne Brotkörbe, 18 goldene Theelöffel, gezeichnet P.E., eine silberne Schale mit Oese, ebenso gezeichnet, silberne Suppen- und Theelöffel, gezeichnet P. M. C., und 2 versilberte Tafelaufsätze mit Windhund bezw. einem Hirsch.

+ [Die Influenza,] so meldet man aus Halifax vom 22. d., rafft eine Menge Menschen in Canada hin. Die 800 Indianer der St. Peter's Reservation bei Winnipeg sind fast alle an der Krankheit gestorben, welcher sie, da sie keine gehörige ärztliche Pflege hatten, schnell erlagen. In den meisten Fällen entwickelten sich aus der Grippe Lungenentzündungen, wozu die Indianer besonders geneigt sind.

Wochenübersicht der Reichsbank vom 23. Februar.

Berlin, 25. Febr.

Aktiva:			
1) Metallbest. (der Bestand an umsätzbarem, deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausl. Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet	M.	821,288,000 Zun.	16,172,000
2) Best. an Reichskassenscheinen	„	20,338,000 Zun.	1,240,000
3) do. an Noten anderer Banken	„	8,087,000 Abn.	8,84,000
4) do. an Wechseln	„	434,149,000 Abn.	8,923,000
5) do. an Lombardforderungen	„	76,446,000 Abn.	8 5,000
6) do. an Effekten	„	2,024,000 Zun.	138,000
7) do. an sonstigen Aktiven	„	43,696,000 Zun.	6,692,000
Passiva:			
8) das Grundkapital	M.	120,000,000	unverändert
9) der Reservefonds	„	24,435,000	unverändert
10) der Betrag der uml. Noten	„	886,002,000 Abn.	39,904,000
11) die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	„	362,766,000 Zun.	50,637,000
12) die sonstigen Passiven	„	375,000 Abn.	11,000

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* Berlin, 25. Febr. Weizen (mit Ausschluß von Kaufweizen) per 1000 kg loco fester. Termine höher. Gekündigt —,— t. Kündigungspreis —,— M. Loco 160—198 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 194,5 M., per diesen Monat —,—, per April-Mai 196 ,75 bez., per Mai-Juni 195—,75 bez., per Juni-Juli 195—,75 bez., per Juli-Aug. —,—, per Aug.-Sept. —,—, per Sept.-Okt. 185,2,5—,5 bez.

Roggen per 1000 kg. Loco still. Termine höher. Gekündigt —,— t. Kündigungspreis —,— M. Loco 169—178 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 173 M., per diesen Monat —,—, per Febr.-März —,—, per April-Mai 170,25—171,5 bez., per Mai-Juni 169—170,25 bez., per Juni-Juli 168,25—169,25 bez., per Juli-Aug. 163,25—164 bez., per Sept.-Okt. 160,25—161 bez.

Hafer per 1000 kg. Matt. Große und kleine 140—205 M. nach Qualität. Futtergerste 142—155 M.

Hafer per 1000 kg. Loco fester. Termine höher. Gekündigt —,— t. Kündigungspreis —,— M. Loco 163—182 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 166 M., pommerscher mittel bis guter 167—173, feiner 174—179 ab Bahn bez., per diesen Monat —,—, per April-Mai 162,5—163,5—,25 bez., per Mai-Juni 163,25—,75—,5 bez., per Juni-Juli 161—162,75—,5 bez., per Juli-Aug. —,—, per Sept.-Okt. 148 bez., ersterm 147 M.

* Magdeburg, 25. Febr. (Gebr. Friedeberg.) Landweizen 190—193 M., Weißweizen —,— M., glatter engl. Weizen 180—187 M., Kaufweizen 177 bis 182 M., Roggen 172—181 M., Chevaliergerste 198—210 M., Landgerste 185—195 M., Hafer 168—178 M. per 1000 kg.

* Leipzig, 25. Febr. Weizen per 1000 kg netto loco inländischer 180—198 M. bez. u. B., do. ausländ. 205—210 M. nom. Matt. Roggen per 1000 kg netto loco inländ. 178—182 M. bez. u. Br., ausländ. 176—181 M. bez. u. Br. Matt. Gerste per 1000 kg netto Braugerste 195—210 M. bez. u. Br. Feinste über Notiz. Mahl- und Futtergerste 145—145 M. nominell. Hafer per 1000 kg netto loco inländischer 170—173 M. bez. u. Br.

* Danzig, 25. Febr. Weizen loco niedriger, Umsatz 100 Tonnen, bunt und hellfarbig 177, do. hellbunt 180—182, do. hochbunt und glasig 186,00, per April-Mai Transit 139,00, per Juni-Juli Transit 140,00. Roggen loco fest, inländischer per 120 Pfd. 165,00, do. polnischer oder russischer Transit 110,00, do. per April-Mai 120 Pfd. Transit 110,50, per Sept.-Okt. 100,00. Gerste loco kleine 130, do. loco große 164. Hafer loco —,—.

* Königsberg, 25. Febr. Weizen unverändert, Roggen unverändert, loco per 2000 Pfd. Zollgewicht 155. Gerste und Hafer unverändert, loco per 2000 Pfd. Zollgew. 156,00.

* Hamburg, 25. Febr. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 185 bis 198. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—183, russischer loco ruhig, 122—126. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

* Stettin, 25. Febr. Weizen unverändert, loco 182,00—190,00, do. per April-Mai 190,50, do. per Juni-Juli 192,50. Roggen fest, loco 169,00—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900227021/fragment/page=0003

166,00, bd. per April-Mai 167,50, bd. per Juni-Juli 167,50. Pommerscher Hafer loco 158—164.

• Breslau, 25. Febr. Roggen per Febr. 176,00, per April-Mai 177,00, per Mai-Juni 178,00.

• Wien, 25. Febr. Weizen per Frühjahr 8,97 Gd., 9,02 Br., per Herbst 8,00 Gd., 8,14 Br. Roggen per Frühjahr 8,35 Gd., 8,40 Br., per Mai-Juni 6,90 Gd., 7,00 Br. Hafer per Frühjahr 8,20 Gd., 8,25 Br., per Herbst 6,20 Gd., 6,30 Br.

• Pest, 25. Febr. (Telegr.) Weizen loco behauptet, per Frühjahr 8,61 Gd., 8,63 Br., per Herbst 1890 7,79 Gd., 7,81 Br. Hafer per Frühjahr 7,85 Gd., 7,90 Br., per Herbst 5,87 Gd., 5,89 Br.

• Paris, 25. Febr. (Telegr.) Weizen ruhig, per Febr. 24,40, per März 24,40, per März-Juni 24,40, per Mai-Aug. 24,10. Roggen ruhig, per Febr. 16,25, per Mai-Aug. 16,25.

• Paris, 25. Febr., nachm. (Schlußbericht. (Telegr.) Weizen behauptet, per Febr. 24,50, per März 24,50, per März-Juni 24,30, per Mai-Aug. 24,25. Roggen ruhig, per Febr. 16,25, per Mai-Aug. 16,25.

• Antwerpen, 25. Febr. (Telegr.) Weizen unverändert. Roggen unverändert. Hafer behauptet. Gerste fest.

• Amsterdam, 25. Febr. (Telegr.) Weizen per März 197, per Mai 199. Roggen per März 143 à 143, per Mai 143 à 144, per Okt. 136 à 137.

• Hull, 25. Febr. (Telegr.) Engl. Weizen geschäftslos, fremder fest.

• Liverpool, 25. Febr. (Telegr.) Weizen fetig.

• Petersburg, 25. Febr. Weizen loco 10,50. Roggen loco 7,50. Hafer loco 4,60.

• New-York, 24. Febr. (Telegr.) Rother Winterweizen loco 87, Weizen per Febr. 85½, per März 85¼, per Mai 85¾.

• New-York, 25. Febr. (Telegr.) Anfangsnotirungen. Weizen per Mai 85¾.

• New-York, 25. Febr. (Telegr.) Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 17,000, do. nach Frankreich —, do. nach anderen Häfen des Kontinents 26,000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 80,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Ctrls.

Zucker.

Magdeburger Börse.

I. Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	24. Febr.	M.	25. Febr.	M.
fein Brodraffinade	27,50—28,00	M.	27,50—28,00	M
fein Brodraffinade	—.—	„	—.—	„
Gem. Raffinade II.	26,00—27,00	„	26,00—27,00	„
Gem. Melis I.	25,25—25,50	„	25,25—25,50	„
Krystallzucker I.	25,75—26,25	„	26,25	„
Krystallzucker II.	—.—	„	—.—	„

Tendenz am 25. Febr. vormittags 11 Uhr: Ruhig.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	24. Febr.	M.	25. Febr.	M.
Gemahlener Zucker	—.—	„	—.—	„
Korng. Rend. 92%	16,60—16,80	„	16,70—16,90	„
„ „ 88%	15,80—16,40	„	15,90—16,40	„
Nachpr. „ 79%	11,50—13,20	„	11,75—13,40	„

Tendenz am 25. Februar. vormittags 11 Uhr: Fest.

II. Termintpreise für Rohzucker I. Produkt:

abgültig Steuervergütung.

a. frei auf Speicher Magdeburg.

Notirtes.

b. frei an Bord Hamburg.

Febr. 12,40 bez., 12,37½ Br. März 12,42½—12,35 bez. u. Br., 12,32½ G. April 12,52½ bez. u. Br., 12,42½ G. Mai 12,62½ bez. u. Br., 12,55 G. Juni 12,70 bez. u. Br., 12,65 G. Juli 12,87½—12,82½ bez., 12,80 Br., 12,75 G. Aug. 12,92½ Br., 12,85 G. Okt. —.— Okt.-Dez. 12,60 Br., 12,50 G. Tendenz: Matt.

Die Notirungen der Kaufmannschaft.

Liquidationspreise am 25. Febr., abends 6 Uhr.

	frei auf Speicher Magdeburg.	frei an Bord Hamburg.		frei auf Speicher Magdeburg	frei an Bord Hamburg.
Februar	12,00 M.	12,30 M.	August	12,55 M.	12,85
März	12,02½	12,32½	September	—.—	—.—
April	12,12½	12,42½	Oktober	12,20	12,50
Mai	12,25	12,55	November	12,20	12,50
Juni	12,35	12,65	Dezember	12,20	12,50
Juli	12,45	12,75			

Zucker-Liquidationskasse.

• Hamburg, 25. Febr. (Vormittagsbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per Febr. 12,32½, per März 12,40, per Mai 12,57½, per Aug. 12,87½. Ruhig.

• Hamburg, 25. Febr. (Nachmittagsbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt, Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Febr. 12,30, per März 12,35, per Mai 12,52½, per Aug. 12,82½. Matt.

• Paris, 25. Febr. Anfangsbr. (Telegr.) Rohzucker 88% behauptet, loco 29,75 à 30,00. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 kg per Febr. 34,75, per März 34,80, per März-Juni 35,25, per Mai-Aug. 35,75.

• Paris, 25. Febr. Schlußbericht. (Telegr.) Rohzucker 88% ruhig, loco 29,75. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 kg per Febr. 34,75, per März 34,80, per März-Juni 35,30, per Mai-Aug. 35,80.

• London, 25. Febr. (Telegr.) 96% Javazucker 15 fletig. Rübenrohzucker neue Ernte 12½, fletig. Centrifugal Cuba —.

• Antwerpen, 24. Febr. Sofort 31,25 Frcs., per März-April 31,25 Frcs., per Okt.-Dez. 31,00 Frcs.

• New-York, 24. Febr. (Telegr.) (Fair refining Muscovados) 5½.

Kaffee.

• Hamburg, 25. Febr. Kaffee fest, Umsatz 3500 Sack.

• Hamburg, 25. Febr., vorm. 11 Uhr. Good average Santos per Febr., per März 85½, per Mai 86½, per Sept. 85½. Fest.

• Hamburg, 25. Febr., nachm. 3 Uhr 30 M. (Schlußbericht) Kaffee good average Santos per Febr.—, per März 86, per Mai 86, per Sept. 85. Behauptet.

• Amsterdam, 25. Febr. Java-Kaffee good ordinary 56.

• Havre, 25. Febr. Vorm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm von Putmann, Ziegler & Comp.) Kaffee in New-York schloß mit 15 Points Hausse. Rio 13,000 Sack, Santos 6000 Sack, Receipts für 2 Tage.

• Havre, 25. Febr. Vorm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm von Putmann, Ziegler & Comp.) Kaffee good average Santos per März 106,50, per Mai 106,25, per Sept. 105,00. Behauptet.

• New-York, 24. Febr. (Telegr.) Kaffee (Fair Rio-) 20. Rio Nr. 7, low ordinary per März 16,62, per Mai 16,52.

Petroleum.

• Berlin, 25. Febr. (Amtl.) Petroleum (Raffiniertes Standard white) per 100 kg mit Faß in Pfunen von 100 Ctr. Gesamtgut —, kg. Kündigungspreis —,— M. Termine —, per diesen Monat —,— M., Durchschnittspreis —,— M., per Febr.-März —,— bez.

• Stettin, 25. Febr. loco 12,00.

• Hamburg, 25. Febr. Petroleum ruhig, Standard white loco 7,00 Br., —,— Gd., per März 6,85 Br., —,— Gd.

• Bremen, 25. Febr. (Schlußbericht.) Petroleum fest, Standard white loco 6,85 Br.

• Antwerpen, 25. Febr. (Telegr. (Schlußbericht.) Raffiniertes, Type weiß, loco 17 bez. 17½ Br., per Febr. 17 Br., per März 16⅞ Br., per Sept.-Dez. 18 Br. Fest.

• New-York, 24. Febr. (Telegr.) Raffiniertes Petroleum 70% Abel Test in New-York 7,50 Gd., do. Philadelphia 7,50 Gd. Rohes Petroleum in New-York 7,70, do. Pipe line Certificates per März 105½, eröffnete 104½. Ruhig, fetig.

• New-York, 25. Febr., vormittags. (Telegr.) Petroleum (Anfangskurse.) Pipe line certificates per März 104½.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

• Berlin, 25. Febr. (Amtl.) Rüböl per 100 kg mit Faß. Termine p. Sept.-Okt. höher. Get. 400 Ctr. Kündigungsp. 71 M. Loco mit Faß —, Loco ohne Faß —,— M., per diesen Monat 71,0 bez., per Febr.-März 71,0 bez., per März-April 70,4 bez., per April-Mai 69,4—,7 bez., per Mai-Juni 68,2—,5 bez. per Sept.-Okt. 58,8—59,5—,4 bez.

• Leipzig, 25. Febr. Raps per 1000 kg netto — M. bez. Rapskuchen per 100 kg netto 14,00—14,50 M. Br. Rüböl per 100 kg netto ohne Faß flüssig 70,00 M. G., raffiniertes —,— M. Fest.

• Stettin, 25. Febr. Rüböl ruhig, per Febr. 70,00, per April-Mai 69,00 M.

• Breslau, 25. Febr. Rüböl per Febr. 70,00, per Febr.-März 70,00.

• Köln, 25. Febr. (Telegr.) Rüböl loco 73,00, per Mai 1890 70,70, per Okt. 61,20.

• Hamburg, 25. Febr. Rüböl (unverzollt) fest, loco 70,00.

• Paris, 25. Febr. (Anfangsbr.) (Telegr.) Rüböl per Sept.-Dez. 72,25.

• Paris, 25. Febr. (Schlußbr.) (Telegr.) Rüböl per Sept.-Dez. 73,75.

• Pest, 25. Febr. (Telegr.) Kohlraps per Aug.-Dez. 13 à 13½.

• Petersburg, 25. Febr. (Telegr.) Talg loco 44,00, per Aug. 43,00.

• New-York, 24. Febr. (Telegr.) Schmalz loco 6,15, do. (Rohe & Brothers) 6,50.

Butter. Eier. Fleisch.

• Berlin, 24. Febr. (Mol.-Preis.) Rindfleisch, von der Keule, 1,00—1,50, Bauchfleisch 0,90—1,30, Schweinefleisch 1,20—1,60, Kalbfleisch 0,90—1,60, Hammelfleisch 0,90—1,40, Butter 1,80—2,80 M. per 1 kg, Eier 2,60 4,80 M. pr. 60 Stück.

• Nordhausen, 25. Febr. Rindfleisch (Keule) 1,50—1,60, do. (Bauchfl.) 1,10—1,30, Schweinefleisch 1,40—1,60, Kalbfleisch 0,80—0,90, Hammelfleisch 1,00, Speck (geräuch.) 1,80—2,00, Butter 1,80, Eßbutter 2,00—2,40, per 1 kg. Eier 1,26—1,33 M. Käse 3,50 M. per 60 Stück.

Leipziger Börse vom 25 Februar.

Pf.	Kgl. Sächs.	M.		Pf.	Kgl. Sächs.	M.	
3	Renten-Anl.			4	Mansfl. Gw. 1882	500	102,75 G
4	do.	1000	94,10 G	4½	do.		—.—
3	do.	500	95,50 B	4½	do. 1879		102,75 G
		Thlr.		4	do. 1875		102,75 G
3½	Staatsanl. 1855	100	97,25 B	4	Pfg. Stadtobl 1884		103,90 G
5½	do. 1847	500	103,00 G	4½	do. 1876		102,00 G
4½	do. 1870	100	102,00 G	3½	Alth. Landobl.	1000	102,25 G
4	do. 67 abs⁷/₈	500	101,00 G	3½	do.	5000	—.—
4	Landschaftl.	500	99,50 B				

Div.	Eisenb.-St.-Akt.			Div.	Leipz. Bankpapier		123,00 G
9½	Altenburg-Zeitz	186,00 G		11	do. Vereinsbr. z. Rend.		
21⅔	Aussig-Teplitz	447,75 B			nutz. b. Nieder. u. Co.		179,00 bzG
7½	Böhm. Westb. (5%)	146,00 B		12	Lpz. Kammgarnfp.		272,00 B
9	Buschtehrad. Lit. A.	179,75 G		8	do. Kaliff. Schefend.		—.—
7½	do. do. B.	190,00 bzG		6	Mansfelder Kupfer		
7½	Duz-Bodenbach	219,00 B		75 M.		p. St. M.	630,00 B
	Eisenb.-St.-Akt.			0	Sächs. Kammgarnsp. (Salbrig)		75,00 B
8½	Altenburg-Zeitz	166,00 G		8	Sächs. Masch.-Fabr. (Hartmann)		167,00 B
7½	Duz-Bodenb. Lit. A.	—.—		15	Sächs. Webstuhlfabr. (Schönherr)		—.—
7½	do. do. B.	—.—		8	Thür. Gasgel. Lpz.		158,50 G
	Bank- u. Kred.-A.			8	do. Stamm-Pr.		159,00 G
10	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	205,25 bzG		7½	S.-Thür. Br.-A. St.		169,00 B
9	Dresdener Bank	173,00 B		7½	do. St.-Prior.		169,00 B
5	Gerner Bank	103,50 G		5	Zeitzer Par. u. S.-Akt.		107,50 G
6	do. Hdls.-u. Kredtb.	105,50 G		—	do. do. Oblig.		105,00 G
5½	Gothaer Privatbank	116,00 G		5	Westeregeln, Part.-Oblig.		103,50 B
6½	Leipziger Bank	145,50 bz		7½	Zuckerfabrik Glanzig		107,75 B
4½	do. Kassen-Verein	104,00 G		12	Zuckerraffinerie Halle		124,00 bzB
4½	Sächs. Bank	112,40 bzG			Ausl. Eis.-P.-Obl.		
2¾	Weimar. Bank, abgst.	—.—		%			
4	Zwickauer	115,75 B		4	Aussig-Teplitzer		102,00 bzG
	Ind.-Akt., Pr. u. Stamm-Prior.			4	Böhm. Nordbahn		93,00 G
3½	Chemn. Werkz.-M.-F. (Zimmermn.)	129,00 B		5	do. do. Gold		101,25 G
6	Crollw. Papierfabr.	165,00 B		5	Buschtehr. (B. Nbn.)		91,40 G
—	5% do. Schuldverschr.	100,50 G		5	do. Ent. 1871		91,40 G
0	Dürkheim-Aktien.	79,40 B		5	do. do. 1872		91,40 G
0	D. W.-M. (Sondermn. u. Sieber) Vorz.-A.	74,50 bzG		4½	do. Gold		103,50 B
4½	Gerner Zutelp. u. W.	103,25 B		7½	Lodz-Bodenbach		99,60 B
10	Germania (Schw. u. Sohn)	157,50 B		5	do. Ent. 1871		99,40 G
6	Hallesche Straßen-B.	—.—		5	do. do. 1874		108,00 G
1	Kettelölbl.-Gef.-Akt.	80,25 G		4½	Graz-Köflacher		86,25 G
5	Körbisdf. Zuckerfabr.	105,00 B		5	do. Ent. b. 1871 u. 72		88,00 G
				4	Kaschau-Oderberg		80,00 B
				4	Prag-Duz Gold		101,30 B
				5	do. do. Gold		108,50 B
				5	Prag-Turnau		93,00 G

Garantie-Seidenstoffe

direkt aus der Fabrik von von Elten & Keussen, Crefeld, also aus erster Hand in jedem Maass zu beziehen.

Schwarze, farbige, schwarzweisse u. weisse Seidenstoffe, glatt und gemustert, schwarze Sammete u. Peluche etc. zu billigsten Fabrikpreisen.

Man verlange Muster mit Angabe des Gewünschten.

Berliner Börse,

25. Februar.

Preußische und Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anl.	4	107,20 bz	
do. do.	3½	102,40 bz	
Preuß. konf. St.-Anl.	4	106,40 bzB	
do. do. do.	3½	102,00 bzG	
Staats-Schuldscheine	3½	100,10 bz	
Staats-Pr.-Anl. 1855	3½	—.—	
Berliner Stadt-Anleihe	3½	100,50 G	
Berl. Stadt-Obligation.	3½	100,10 bzG	
Bremer Anleihe	3½	—.—	
Kurhessische Anleihe	3½	—.—	
Hamburger Staatsanl.	3	91,90 bzG	
do. Rente	3½	102,00 G	
Mainzer Stadt-Anl.	3½	100,40 bz	
Sächsische Staatsrente	3	94,25 G	
do. Staatsanleihe	4	—.—	
Westpreuß. Prov.-Anl.	3½	101,00 bz	
Ostpreuß. Provinzialanl.			
Landschaftl. Central	4	—.—	
do. do.	3½	100,25 bz	
do. do.	3	91,50 bz	
Posensche, neue	4	102,00 G	
Schlesische	4	—.—	
Ostpreuß. Pfandbr.	3½	100,10 B	
Westpreuß. do.	3½	100,00 G	
Rentenbriefe.			
Pommersche	4	104,30 bz	
Posensche	4	105,80 bz	
Preußische	4	104,00 bz	
Sächsische	4	104,10 G	
Schlesische	4	105,30 G	

Bad. Prämien-Anl. 1867	4	144,50 bzB	
Bayrische Prämien-Anl.	4	147,25 bz	
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	107,50 bzG	
Lübecker Prämien-Anl.	3½	—.—	
Köln-Mind. Pr.-A.-S.	3½	140,75 bz	
Meiner Prämien-Anl.	3½	133,90 bz	
Meininger Pr.-Pfdbr.	4	132,50 bz	
Meininger Loose	—	28,20 G	
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	133,00 B	

In- und ausländische Hypotheken-Pfandbriefe.

Anhalt.-Dess. Pfdbrfe.	4	102,25 G	
Deutsche Grundschld.-B.	4	101,60 bzG	
do. do.	3½	98,50 G	
do. Hyp.-B. (Berl.)	4	101,90 bzG	
do. do. (Pr.)	4	101,50 bzG	
Gothj. Pr.-Pfdbr. I. abg.	3½	114,90 B	
do. do. II. abg.	3½	110,50 B	
do. III. rzb. zu 110 abg.	3½	100,50 G	
do. IV. rzb. zu 110 abg.	3½	100,50 G	
do. V. do. abg.	3½	96,25 G	
Hamb. Hyp.-B.-Pfdbr.	4	101,75 bz	
H. Hentzel, Bergw.-Obl.	4	—.—	
Pr. Boden.-Kr.-P. unk.	5	112,00 G	
do. Ser. III.	5	106,75 G	
do. 5	4	101,40 bzG	
do. 4	4	98,50 G	
Pr. Cent.-Bd.-Kr.-Pf.	5	102,00 B	
do. do. 110 rzl.	4½	—.—	
do. do.	4	—.—	
do. do.	3½	93,20 B	
do. Hyp.-B. Pf. VI.	5	—.—	
do. div. Ser. rz. 100	4	101,70 bzG	
do.	3½	98,50 bzG	
Rheinische Hyp.-Bank	4	97,30 G	
Sächs. Bodenkredit.	4	101,25 G	
Russ. Bodenkr.-Pfdbr.	5	—.—	
do. do.	4½	98,80 bz	
do. Centr.-Bodkr.-Pf.	5	87,10 G	

Ausl. Staats- u. Komm.-Papiere.

Argentinische Anleihe	5	88,50 B	
do. do.	4½	—.—	
Buenos-Aires Gold-A.	4½	80,25 B	
Bukarester	5	96,20 B	
Egyptische Anleihe	4	95,30 G	
do. do.	5	104,10 B	
Finnländer Loose	—	62,50 bzB	
Griechische Gold-Anl.	5	91,25 B	
Italienische Rente	5	93,80 bzG	
Ital. Rialdt.-Pfdbr. stfr.	4	96,80 G	
Kopenhagener Stadt-A.	3½	97,50 G	
Lissabonner Stadt-Anl.	4	81,00 B	
Norwegische Anleihe	3	—.—	
Oesterreich. Papierrente	4½	76,20 bzG	
do. Silberrente	4½	76,30 bzG	
Oesterreich. Gold-Rente	4	95,00 bzG	
do. Kredit 1858	—	327,00 B	
do. 1860er Loose	5	122,10 B	
do. 1864er Loose	—	314,50 bzG	
Portugiesische Anl. 1888	4½	95,10 bzG	
Rumänische 11/V. St.-A.	4	86,75 bzG	
Rumänische St.-Rente	6	105,10 B	
do. do. fund.	5	102,00 B	
do. amort.	5	97,90 B	
do. St.-Rente	4	85,70 B	
Russ. konf. Anleihe 1880	4	93,90 G	
do. do. I. Orientanl.	4	93,90 B	
do. do. II. do.	4	93,90 B	
do. Orient-Anl. II.	5	68,50 G	
do. do. III.	5	68,40 G	
do. Pr.-Anl. 1864	5	165,75 G	
do. Pr.-Anl. 1866	5	157,25 B	
Russ. Gold-Rente 1883	6	—.—	
do. do. (kempelph.)	5	105,10 bzG	
Russ.-Poln. Schatzanw.	4	93,80 G	
Russ. Kirchen-Obligat.	4	95,50 bzG	
Schwed. Hypoth.-Pfdbr.	4½	102,80 G	
do. do.	4	102,30 bzG	
do. Rente	3	88,80 bzG	
do. Anleihe	3½	96,00 G	
Serbische amort. Rente	5	83,50 bzG	
do. neue Anl. 86	5	83,50 bzG	
Türkische Zoll-Obligat.	5	83,40 bzG	
do. konv. Anleihe	1	17,90 bzG	
Türkenloose	—	30,75 B	
Ungar. Gold-Rente	4	88,75 B	
do. do. mittel	4	89,20 B	
do. Gold-Jun.-A.	4½	100,30 bzG	
do. Papier-Rente	5	85,00 bzG	
do. St.-Eb.-Gold-A.	4½	100,80 G	
do. do. Silber-A.	4½	82,50 bzG	

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktien.

Dortm.-Enschede	4½	114,00 G	
Marienb.-Mlawka	5	111,80 G	
Ostpr. Südbahn	5	115,50 bzG	
Saalbahn	5	114,00 bzG	
Weimar-Gera	5	99,00 G	

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	2¾	76,25 bzG	
Altenburg-Zeitz	9	185,25 bz	
Dortmund-Enschede	3½	89,25 bzG	
Eutin-Lübeck	4	42,50 bzG	
Franzl. Gitterb.	4½	81,50 bzG	
Kreisfeder	4	106,00 bz	
Kreseld-Kerdinger	1	51,20 G	
Ludwigshaf.-Bexbach	9½	—.—	
Lübeck-Büchen	7½	178,25 bz	
Mainz-Ludwigshaf.	4½	123,40 bz	
Marienb.-Mlawka	3	57,50 bz	
Neckland. Friedr.-Str.	6½	168,20 B	
Niederschlesisch	2½	74,00 bzG	
Ostpreuß. Südbahn	6	83,75 bz	
Saalbahn	5	49,25 B	
Weimar-Gera	0	25,70 bz	
Werrabahn	3	93,10 bz	

Aussig-Teplitz	21⅔	447,75 bzG	
Böhmische Nordbahn	7	125,00 B	
do. Westbahn	7½	—.—	
Buschtehrader Bahn	7½	190,75 B	
Duz-Bodenbach	7½	220,00 B	
Galiz. Karl-Ludwigbd.	4	—.—	
Gotthardbahn	6	171,75 B	
Graz-Köflach	7	117,25 B	
Kaschau-Oderberg	4	69,00 B	
Kronpr.-Rudolfb. gar.	4½	—.—	
Lemberg-Czernowitz	5½	—.—	
Lemberg-Czernowitz	6½	100,60 bzG	
Lüttich-Limburg	0	29,50 bzG	
Oestr. Lokalbahnen	4	63,00 B	
do. Nordwestbahn	4½	88,10 B	
do. Lit. B. Elbethal	5	96,50 B	
do. Staatsbahn	3	—.—	
Raab-Oedenburg	1	29,50 G	
Reichenb.-Pardubitz	3	—.—	
Russische Ost.-E.-B.	5	72,75 B	
do. Südwestbahn	5	72,75 B	
Schweizer Central	5½	151,70 bz	
do. Union	4½	—.—	
Südbahn. (Lombardbahn)	1	58,60 bz	
Warschau-Terespol	5	—.—	
Warschau-Wien	15	192,70 B	
Westkistlanische	4	73,70 G	

Bank-Aktien. (Zinsen zu 4%.)

Aachener Diskonto-Ges.	0	86,75 bzG	
Bank f. Sprit-Prod.	3½	76,75 B	
Berg.-Märkisch. Bank	6½	118,00 bzG	
Berliner Kassen-Verein	5½	133,25 G	
do. Handels-Ges.	10	183,25 B	
do. Internat.-Bk.	—	131,50 bzG	
do. Maklerverein	10	135,75 bzG	
Börsen-Handelsverein	10½	164,75 B	
Braunschweig. Bank	4½	104,90 G	
Bremer Bankverein	4½	110,20 bz	
Breslauer Diskonto-Bk.	6½	112,50 bzG	
do. Wechsler-Bank	6	109,50 G	
Danziger Privatbank	8½	—.—	
Darmstädter Bank	9	169,75 bz	
Darmstädter Zettelbank	3½	101,00 B	
Dessauer Kredit (neue)	0	—.—	
do. Landesbank	6½	—.—	
Deutsche Bank	9	173,25 bzG	
do. Eff.-W. Sachs. Schpr.	10	—.—	
do. Genossensch.	7½	132,00 bzG	
do. Grundschuldbank	6	115,50 G	
do. Hyp.-Inst. (60proz.)	6½	114,10 G	
do. Nationalbank	4½	101,25 G	
Diskonto-Gesellschaft	12	236,50 B	
Dresdener Bank	9	166,00 bzG	
do. Bankverein	7½	127,40 G	
Gerner Bank	5	100,60 G	
do. Hdls. Kredb.-St.	6	106,75 bzG	
Gothaische Privatbank	5½	116,50 B	
do. Grund-Kredits-Bk.	0	93,20 bzG	
do. do. junge (40pr.)	0	97,00 bzG	
Hannoversche Bank	4½	116,00 G	
Hohenz. Landes-Bank Ges.	5	126,00 bzG	
Leipziger Kredit-Anstalt	10	204,00 bzG	
Magdeb. Bankverein	6	115,00 B	
do. Privatbank	4⁸/₁₀	117,50 G	
Mecklenburg. Bank	8	126,00 bz	
Meining. Hyp.-Bank. Ges.	5	103,00 bzG	
Mitteldeutsche Kreditbk.	6	117,00 G	
Nationalbk. f. Deutschl.	9	144,50 bz	
Nordd. Bank	10	179,60 bzG	
Nordd. Kredit-Bank	0	89,90 bzG	
Oesterr. Kredit-Anstalt	9½	176,00 B	
Pfälzer Diskonto-Bk.	15	—.—	
Pfälzer Bk. Zinl. Schldst.	12½	—.—	
Pommersche Hyp.-Bank	0	16,00 bzG	

Preuß. Bod.-Kred.-A.	6½	120,80 bzG	
do. Ctr.-Bod. (50%)	9½	152,80 bz	
do. Hyp.-Akt.-Bank	6½	122,00 G	
do. Hyp.-Akt.-G. 25%	8	112,00 bzG	
do. Leihbank	—	—.—	
Reichsbank (4½proz.)	6,2	138,75 bz	
Rostocker Bank	4½	86,25 bzG	
Russische Bank f. a. H.	0	74,45 G	
Sächsische Bank	4½	111,00 bzG	
Vereinsbank Berlin	0	49,30 bz	
Warschau Diskontobank	8½	—.—	
Weimarische Bank konz.	2¾	135,75 G	
Westfälische Bank	6	116,25 G	
Wiener Bankverein	7	—.—	

Eisenbahn-Obligationen.

Berg.-Märk. III. A. 3 g	3½	100,80 B	
Braunschw. Eisenb.-Pr.	4½	107,00 G	
Holst. Marschb.	4	—.—	
Magdeb.-Wittenberge	3	91,80 G	
Mainz-Ludwh. garr. konv.	4	103,25 B	
do. 1876er	4	—.—	
do. 1874er	4	—.—	
Mecklenb. Friedr. Frz.	3½	—.—	
Oberschles. gar. Lit. E	3½	100,40 G	
Ostpreußische Südbahn	4½	103,90 G	

Eisenbahn-Prioritäten

zum Bezug von 3½% Konsols

4% lfd. Zinsen	bis 1./1. 90	—	—
„ „	bis 1./4. 90	101,50 G	
„ „	bis 1./7. 90	101,50 G	

Albrechtsbahn garantirt	5	87,80 G	
Böhmische Nordb. Gold	4	101,30 G	
Buschtehrader Gold	4½	103,90 G	
Duz-Bodenbach II.	5	93,50 G	
do. III.	5	108,00 G	
Galiz.-Karl-Ludwigbahn	4½	86,10 G	
Italienische Eis.-Obl.	3	58,00 bzG	
Kaschau-Oderberg	4	79,25 G	
„ Gold	4	98,25 G	
Kronprinz-Rudolf 84	4	82,40 G	
Lemberg-Czernow. IV.	4	78,10 B	
Oesterr.-Frz. Stb., alte	3	82,60 bz	
do. do. 1874	3	80,00 B	
do. Graz.-Nby. neue	3	80,00 bz	
do. Gold-Pr.	4	100,00 bz	
Oesterr. Stsb. Dpr. 1885	3	78,30 bz	
do. Nordwestbahn	5	92,60 G	
do. 1874er Gold-Pr.	5	106,50 bzG	
Russ. Eisen-Prioritäten	4	—.—	
Südöstr. Bahn (Lomb.)	3	64,00 bzB	
do. Oblig.	5	103,20 bzG	
Ungar. Nordostbahn	5	88,50 B	
do. do. Gold	5	102,10 B	
do. Ostbahn I.	5	—.—	
do. do. II.	5	—.—	
Portugiesl. Eis.-Obl. gar.	4½	93,80 bz	
do. do. neue	4½	93,80 bz	

Zwangor.-Dombrowo	4½	99,75 B	
Große Russische	3	—.—	
Koslow-Woronesch	4	91,30 B	
Kursk-Charkow-Azow	4	90,80 G	
Kursk-Kiew	4	91,50 B	
Moskau-Kursk Prior.	4	87,20 G	
Moskau-Jräslaw	4	93,90 bz	
do. Smolensk	5	100,75 bzG	
Rjaschk-Morczansk	5	100,75 G	
Rybinsk-Bolog	5	94,10 bzG	
Rjäsan-Koslow	5	92,60 B	
Schuja-Iwanowo	5	100,60 bzG	
Südwestbahn	4	92,70 bz	

Transkaukasische	3	77,20 G	
Wladikawkas gar.	4	92,60 B	
Warschau-Wien IV.	5	101,50 bz	
do. V.	5	101,50 bz	
Zarskoe-Selo	5	—.—	
Oeste de Minas	5	92,00 bz	
Central Pacific	5	—.—	
Northern Pacific I.	6	113,00 B	
do. II.	6	110,90 G	
do. III.	6	107,50 bzG	

Bergwerks-Aktien.

Aachen-Höngen conv.	0	—.—	
Anhalter Kohlenwerke	8	136,00 bz	
Bonifacius	3	125,00 bzG	
Braunschw. Kohlenwerke	1½	—.—	
do. do. St.-Pr.	5	94,50 bzB	
Donnersmarckhütte	3	87,50 bz	
Dortm. Bergb. Lit. A.	0	—.—	
Dortm.